

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeier, in Leipzig: Eugen Fort, S. Engler in Hamburg, Haafenstein & Wegler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Recepiturbeamten, Hofkammer-Rath Stahl zu Eimburg, den Roth. Adl. Orden 4. Klasse, und dem Probianmeister, Rechnungs-Rath Rosemann zu Breslau, den R. Kronen-Orden 4. Klasse zu verleihen; so wie den besoldeten Stadtrath Andersen zu Halberstadt zum zweiten Bürgermeister (Beigeordneten) der genannten Stadt auf eine sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

(W.A.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Florenz, 10. April. Die von Rattazzi versuchte Combination des Ministeriums ist gescheitert. Rattazzi hatte heute eine Conferenz mit dem Könige, in welcher ein definitiver Beschluß gefaßt werden sollte.

Paris, 10. April. Wie es heißt, hätten die Bureaux des gesetzgebenden Körpers die Genehmigung zu den Interpellationen versagt.

Paris, 10. April. 3% Rente 66, 25, 4% Rente 96, Credit mobilier 382, 50, Italienische Rente 47, 70, Lombarden 366, 25, Staatsbahn 370. — Wette Fällung.

New-York, 8. April. Das Comité für die auswärtigen Angelegenheiten erstattet seinen Bericht zu Gunsten des Vertrages mit Rußland ab, die Ratifizierung desselben ist durchaus wahrscheinlich.

Frankfurt a. M., 10. April. Effecten-Societät. Bedeutende Umsätze. Gegen Schluß mattere Haltung. National-Anleihe 49½, Credit-Actien 152 ½ 150½, 1866er Loose 61½, Steuerfreie Anleihe 43½, Amerikaner 76½.

Wien, 10. April. Abendbörse. Nach mehrfachen Schwankungen Schluß behauptet. Credit-Actien 166,30, Nordbahn 160,50, 1866er Loose 81,10, 1864er Loose 75,10, Staatsbahn 195,50, Galizier 202,00, Steuerfreie Anleihen 57,50.

London, 10. April. Der Hamburger Dampfer „Hammonia“ ist mit 13.500 Dollars in Southampton eingetroffen.

London, 10. April. Der Dampfer „City of Washington“ ist aus New-York in Queenstown eingetroffen. — Aus New-York vom 9. d. M. Abds. wird per atlantischen Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109, Goldagio 34½, Bonds 109½, Miners 113½, Eriebahn 55½, Baumwolle 28, Rohes Petroleum 18. — Die Dampfer „Great Eastern“, „Britannia“, „Ottawa“, „Gansa“ und „Baltic“ sind in New-York angekommen.

Frankreich und Deutschland.

Wir wollen für heute unsere Lage Frankreich gegenüber nicht ausführlich darstellen. Aber es ist nötig, die vorliegenden Thatsachen einer ersten Prüfung zu unterziehen. Es ist sicher, daß L. Napoleon auf den Erwerb des Landes und der Festung Luxemburg nicht verzichtet hat. Er scheint der Meinung zu sein, daß ein solcher Verzicht seine Dynastie gefährden würde. Unser eigentlicher Feind ist nicht er persönlich, sondern die Stimmführer des französischen Volkes selbst sind es. Der Reiz wegen des Sieges von Königgrätz und wegen der Früchte dieses Sieges stachelt sie an, sich für Leipzig und Velle-Alliance gerade jetzt an uns zu rächen. Gerade jetzt soll Deutschland und insbesondere Preußen sich vor Frankreich demüthigen oder, wie die übermüthige Phrase lautet, auf Tod und Leben mit ihm kämpfen.

Wir wissen nicht, wie lange der von der „Post“ bezugte „diplomatische Verkehr (zwischen Paris und Berlin) zum alleinigen Zweck einer freundschaftlichen Applanierung“ noch dauern mag. Aber das glauben wir annehmen zu müssen, daß der Zweck der „freundschaftlichen Applanierung“ wohl nur dann erreicht werden kann, wenn unsere Regierung dem französischen Volke Luxemburg zu Füßen legt.

Es ist das eine Lage, die den ganzen Ernst, die ganze Besonnenheit und die ganze Entschlossenheit der Regierung, der Volksvertretung und jedes einzelnen Mannes im Volke herausfordert, denn es handelt sich um weit mehr, als um dieses kleine Städtchen und um diese einzelne Frage. Es handelt sich darum, ob die Stellung, welche Frankreich Europa und insbesondere Deutschland gegenüber seit länger als zehn Jahren einnimmt und die von Jahr zu Jahr ihren bedrohlichen Charakter immer mehr enthüllt, noch länger geduldet werden soll oder nicht.

Es ist klar: lassen wir den Franzosen heute Luxemburg, unter welchem Vorwande und mit welchen Beschönigungen es auch sei, so haben wir zu fürchten, daß es sehr bald auch Saarbrücken und das Kohlenbeken der Saar fordern wird, selbstverständlich nur für's Weite. Nehmen wir uns dann den Muth zu ernsthaftem Widerstande, damit nichts für's Dritte noch Trier und Mainz u. s. w. an die Reihe komme: nun, so treten wir dann in den Krieg ein mit schwächeren Mitteln gegen einen stärkeren Feind. Nicht nur würde Frankreich dann besser gerüstet und durch den Besitz von Luxemburg besser situirt sein, als es jetzt ist, sondern wir würden auch in Deutschland durch eine solche Politik selbst unsere Position erheblich verschlechtert haben.

Aber gesetzt, das Gefürchtete tritt nicht ein, — die Franzosen begnügten sich also mit Luxemburg — werden die Beschränkungen selbst nicht dauern, Jahrzehnte und länger hindurch dauern? Und werden diese Beschränkungen nicht fort und fort unsern Handel, unsere Industrie, unsere ganze wirtschaftliche Arbeit lähmen, wie sie durch Frankreichs Haltung gegen uns mindestens seit der Zeit des bairischen Krieges, wir wollen nicht gerade sagen, immer gelähmt, aber doch immer gehemmt worden sind? — Und weiter. Wollen wir bis in eine unabsehbare Zukunft hinein in dem jetzigen „Friedensstande“ bleiben, den der englische Schachspieler nur vor wenig Tagen noch mit dem Worte bezeichnete, daß „Europa (und nicht am wenigsten Deutschland) einem bewaffneten Lager gleich sieht“? Wollen wir eben so lange auf die Verwundung der Kriegslasten im Frieden, auf eine ungehörige wirtschaftliche Entwicklung, auf eine dem großen Grundsatz der Selbstverwaltung entsprechende Staatsorgani-

sation, auf eine eines denkenden und gestifteten Volkes würdige Umgestaltung unserer Volksbildungsanstalten, wollen wir auf alles dies etwa so lange verzichten, bis es den Franzosen einmal von selbst einfällt, sich zu einer vernünftigen und friedlichen Politik zu bekehren? Oder gebietet nicht schon die bloße Klugheit, daß wir eingedenk des alten „principii obsta“ schon den ersten Eingriff in unsere Rechtssphäre sofort zurückweisen?

Ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland wäre — das ist gewiß — für beide Nationen ein großes Unglück; Niemand wird eine solche Eventualität herbeiwünschen. Aber der Kaiser Napoleon irt sich, wenn er der Meinung ist, daß Deutschland, bloß um einen Krieg zu vermeiden, vollständig unberechtigte Forderungen Frankreichs ohne Weiteres erfüllen wird. Deutschland verlangt von Frankreich Nichts, es stellt überhaupt nur die Forderung, welche jede Nation zu stellen berechtigt ist: daß man sich in ihre inneren Angelegenheiten nicht hineinmische. Wie in aller Welt will Napoleon III. den Anspruch begründen, daß Preußen sein unzweifelhaftes Besatzungsrecht in Luxemburg aufgibt? Er stehe davon ab und mache den Franzosen klar, daß Frankreich nicht das Recht habe, solche Ansprüche zu erheben.

Norddeutscher Reichstag.

32. Sitzung am 10. April 1867.

Die Tribünen sind überfüllt. Zu der Hofloge der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen, Prinz Nikolaus von Nassau. Das Haus tritt in die Vorberatung über Abschnitt XIV. des Verf.-Entwurfs (Verhältnis zu den süddeutschen Staaten). Er lautet: Art. 71. Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, durch besondere dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge, geregelt werden. Es liegen hierzu drei Abänderungsvorschläge vor; 1) des Abg. Drücker: dem Art. 71 folgende Fassung zu geben: „Den ehemaligen deutschen Bundesländern, so weit sie die Bedingungen dieser Verfassung zu erfüllen im Stande und gewillt sind, steht der Eintritt in den Norddeutschen Bund jederzeit frei. Ein Bundesgesetz bestimmt sodann die Aufnahme eines solchen Landes in den Bund und die nötig werdenden Abänderungen der Bundes-Verfassung.“ 2) der Abg. Lasker und Miquel: „Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf den Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung.“ 3) des Abg. Schrader: „Der Eintritt in den Norddeutschen Bund steht jedem südlich vom Main gelegenen Deutschen Staate auf seinen Antrag unter der Bedingung zu, daß er sich der Bundes-Verfassung unterordnet. Besonderer Vertrag bedarf es hierzu nicht.“

Abg. v. Sybel (für das Amendement Lasker): Wir wollen heute schon constatiren, daß gegenüber dem großen Ziele unserer nationalen Zukunft der norddeutsche Bund nur ein geschichtliches Provisorium ist. Dies ist namentlich in der jetzigen Lage Europas wünschenswerth, wo Gefahren verschiedener Art den Fortgang unseres Einheitswerkes bedrohen. Wir wollen deshalb den festen Entschluß aussprechen, dieses große Ziel der Einigung der gesammten deutschen Nation nicht aus dem Auge zu verlieren. Wenn nun die süddeutschen Staaten zutreten sollten, so ist es nötig, Abänderungen in der Verfassung in Erwägung zu ziehen; es muß deshalb der Eintritt der betr. Staaten der Entscheidung der Bundesgesetzgebung überlassen bleiben und ich kann mich deshalb nicht einverstanden erklären mit den Amendements, welche die bloße Eintrittserklärung der betr. Staaten für genügend erachten.

Abg. Bebel (aus Sachsen): Aus der Fassung dieses Artikels und den sonstigen Erklärungen der preuß. Commissarien geht deutlich hervor, daß Preußen bei Gründung des Bundes nicht ganz Deutschland, sondern nur die preußischen Interessen (Recht: Doh!), nur die Stärkung der Hohenzollernschen Hausmacht (Unterbrechung rechts) im Auge gehabt hat. (Präs. Simson: Lassen Sie den Redner doch ruhig ausreden, widerlegen Sie ihn nachher!) Es ist ein Bund zwischen dem großen Preußen und mehreren Vasallenstaaten (Unruhe rechts), deren Fürsten nichts anderes, als General-Gouverneure des Königs von Preußen sind. (Widerspruch rechts.) Hätte die preuß. Regierung die Absicht gehabt, die süddeutschen Staaten mit in den Bund hineinzuziehen, so sehe ich keinen vernünftigen Grund, der sie hätte daran hindern können. Man sagt, Frankreich und Oesterreich hinderten sie daran. Das, was Frankreich fürchtete, ist aber doch schon durch die Militair-Conventionen mit den süddeutschen Staaten geschaffen worden. Man sagt nun, daß die mit Oesterreich im Prager Friedensvertrage abgeschlossenen Bedingungen keine wirkliche, sondern nur eine internationale Einigung mit Süddeutschland zuließen. Wer hat denn aber die Prager Friedensbedingungen vorgeschrieben? Doch nur Preußen. Und ich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn die preußische Regierung einsehe, daß sie durch die Bedingungen des Friedensvertrages Schaden litte, sie keinen Augenblick anstehen würde, ihn wieder zu zerreißen. (Widerspruch rechts.) Ebenso wie ich fest überzeugt davon bin, daß Oesterreich, wenn es heut in der Lage wäre, die Niederlage des letzten Jahres auszuweichen zu können, auch nicht zurückstehen würde. Ich, m. H., stehe auf dem deutschen Standpunkte. Preußen fürchtet, wenn die süddeutschen Staaten zutreten, majorisirt zu werden, was wohl für die Volksinteressen in manchen Beziehungen ganz wünschenswerth sein möchte. Deshalb will sich Preußen mit Militair-Conventionen begnügen; deshalb sucht es durch Zollverträge und dergleichen einigermassen die Luft, welche durch die Mainlinie in Deutschland geschaffen worden ist, wohl zu überbrücken, nicht aber auszufüllen. Eine solche Politik zu

unterstützen, habe ich keine Lust; denn es ist keine deutsche Politik. Ich muß deshalb protestiren gegen einen Bund, der nicht die Einheit, sondern die Zerreißung Deutschlands herbeiführt; ich muß protestiren gegen eine Verfassung, die aus Norddeutschland eine große Kaserne macht und dem Volke das Bischen Freiheit, was es hat, noch raubt. (Unruhe rechts.) Ich werde deshalb gegen Art. 71 und gegen die ganze Vorlage stimmen.

Abg. Weber (Stade): Die Ansichten des Vorredners sind die der großdeutschen Volkspartei. Diese Partei hat dafür geschwärmt, den preuß. Staat zersplittern und eine Föderativrepublik errichten zu können. Wie man nach den politischen Erfolgen an solchen Träumereien noch festhalten kann, ist mir wirklich unbegreiflich. (Beifall rechts.) Aber es giebt ja Doctrinaire, die Nichts lernen. (Beifall.) Wenn aber Redner meint, daß Preußen nicht die Absicht gehabt habe, Süddeutschland mit in den Bund aufzunehmen, so schlägt er der geschichtlichen Wahrheit ins Gesicht. Der Hr. Ministerpräsident hat im preuß. Abgeordnetenhaus so klar dargelegt, daß es damals unmöglich war, weiter zu gehen, wenn man nicht Alles auf das Spiel setzen wollte. Redner schließt sich dem Amendement Lasker an und fährt fort: Es ist viel von der Mainlinie gesprochen. Was ist der Main? Sind denn Flüsse Trennungsmittel für Völker? Nein, sie verbinden dieselben. Der Rhein selbst ist nie eine natürliche Grenze gewesen, und nun gar erst der Main, dieses Flächchen, das kaum einen Nachen trägt, dieses Bächlein (große Heiterkeit) trennt Deutschland nicht von einander. Von Süddeutschland trennen uns höchstens Bornrtheile, die besonders im Süden sehr stark vorhanden sind. Die äußerste Rechte im Süden muß einsehen, daß es endlich Zeit ist, den Stachel nicht länger gegen Preußen zu branden; das Centrum, daß es nicht die Hauptaufgabe eines Menschen ist, in Gemüthlichkeit seinen Bierschoppen zu trinken (Heiterkeit); diese Herren müssen einsehen, daß die stramme Kraft, die Anstrengung für den Staat, wie wir sie in Norddeutschland sehen, auch ihr Nutes hat und nothwendig ist. Die äußerste Linke wird ihre Träumereien von einer Föderativ-Republik fallen lassen müssen, und einsehen, daß die constitutionelle Monarchie die einzig mögliche Staatsform für Deutschland ist. Und endlich werden die Ultramontanen sich sagen müssen, daß wenn Preußen, der protestantische Staat, die Suprematie in Deutschland hat und die protestantische Freiheit zum Grundsatz des Staates erhebt, sie mit gleichem Rechte die katholischen Unterthanen, wie die protestantische behandelt werden, und das die katholische Kirche deshalb durchaus nichts zu besorgen hat. Glücklicherweise beginnen die Bornrtheile bereits immer mehr zu schwinden. In der That giebt es wohl kaum einen Augenblick, der die Nothwendigkeit der Zusammengehörigkeit aller deutschen Staaten uns klarer vor Augen rücken könnte, als der gegenwärtige. Wenn Deutschland nur zusammenhält, so hat es eine Welt in Waffen nicht zu fürchten. (Beifall.)

Großherzogl. hess. Bundescommissar Hoffmann spricht sein Bedauern darüber aus, daß er der Verhandlung über die gestrige Interpellation nicht habe beizuwohnen können, dankt dem Grafen Bismarck für die rückförmliche Art, in der er die Interpellation beantwortet und glaubt es annehmen zu dürfen, daß die großh. Regierung mit Befriedigung von den Erklärungen des Grafen Bismarck Kenntniß nimmt. Denn es kann derselben nur willkommen sein, wenn der Eintritt des ganzen Großherzogthums die volle Zustimmung der hess. preuß. Regierung hat, daß sie diese Zustimmung nur abhängig macht von dem vollständig loyalen Bestreben, diesen Eintritt mit den Ansichten der österr. Regierung und den Bestimmungen des Prager Friedens in Einklang zu bringen. Die Schwierigkeiten, die der großherzogl. Regierung aus der jetzigen Lage des Großherzogthums entspringen, liegen ja auf der Hand. Sie lassen sich allerdings überwinden. Aber ich gebe ja gerne zu, daß das beste Mittel eben nur durch den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den norddeutschen Bund gegeben ist. (Beifall.) Die großherzogl. Regierung verkennt nicht, daß die damit verbundene größere Stimmenzahl im Bundesrathe, die größere Zahl der hessischen Vertreter im Reichsrathe ihr einen größeren Einfluß im Bunde sichern würde. Auf der andern Seite wurden freilich auch größere Lasten dem Lande dadurch erwachsen. Dies ist der Grund, warum sie nicht einseitig vorgehen zu können glaubt, sondern sich vorher des Einverständnisses auch der Landesvertretung versichern muß. Ich bin aber überzeugt, daß die gestrige Frage ihre Antwort in einem Sinne finden wird, wie es nicht nur den Interessen des Großherzogthums, sondern auch denen des großen gemeinsamen Vaterlandes entspricht. (Bravo!)

Abg. Schulze: Wir stehen bei diesen Verhandlungen auf dem nationalen Rechte, vermöge dessen kein Volk dulden kann, daß Glieder seines Stammes ihm abgerissen werden, vermöge dessen jedes Volk dahin gravitirt, sich mit den etwa abgerissenen Gliedern wieder zu vereinigen. Darum können wir unmöglich damit einverstanden sein, daß zwischen uns und unseren Brüdern in Süddeutschland bloß internationale Verträge das Bindemittel sein sollen. Es kommt jetzt darauf an, daß wir es aussprechen, daß auf beiden Seiten nicht nur ein Recht, sondern auch eine schwere Verpflichtung obwaltet, hinzutreten auf Einigung. Nun und nimmer aber können wir uns dabei beruhigen, daß dies bloß als wünschenswerth hingestellt wird. Man hat hier von Massenantipathien des Südens gegen den Norden ausgesprochen. Stammesfeindschaften mögen walten, aber wenn wirklich eine ernste Abneigung herrschen sollte, so hat das einen ganz anderen Grund. Im Süden hat stets das Bedenken und die Furcht obgewaltet, durch den Anschluß an uns einen Theil der ver-

fassungsmäßigen Rechte zu verlieren, und wir wollen so offen sein, zuzugestehen, daß sie wohl etwas Recht hatten, diese Bedenken zu hegen. Durch Annahme der nöthigen constitutionellen Garantien in die Verfassung werden gerade Sie das Meiste dazu beitragen, die Agitation für den Anschluß des Südens zu stärken. Legen Sie dem Präsidium nicht die Befugniß zu, die ihm im Amendement Lasker erteilt wird. M. H.! Vergessen Sie es nicht, die Einigung Deutschlands soll ein Recht sein, ein heiliges, unantastbares, nationales Recht! (Beifall.)

Abg. Miquel: Wir glauben nicht, daß es nothwendig ist, die preuß. Regierung auf den Weg einer nationalen Politik noch besonders hinzubringen. Wir haben das Vertrauen zu derselben, daß sie auch ohne das in ihrer Politik national ist. Der Abg. Bebel meint, die Aufgabe, die sich die preuß. Regierung gestellt, bestehe in der Gründung einer norddeutschen Militärmacht, in der Heruntersetzung der deutschen Fürsten in preuß. Militär-Gouverneure. Wir von der nationalen Partei, wenn wir etwas zu bedauern hätten in dem Verhältniß der preuß. Regierung zu ihren Bundesgenossen, so würden wir nur bedauern, daß letztere nicht noch mehr Souveränitätsrechte aufgegeben haben, daß die preuß. Regierung vielleicht mit einer zu weit gehenden Mäßigung vorgegangen ist. Nennen wir Preußen nicht einen Militärstaat! Der Staat der Gewissensfreiheit, der Staat, der zuerst in Deutschland den Bauernstand befreit hat, der Staat, der zuerst die Gemeindefreiheit begründete, der zuerst das nationale Panier erhob gegen die Fremdherrschaft, dem wir unsere Unabhängigkeit verdanken, der Staat des großen Friedrich, der Staat der Kultur — den wollen wir nicht herabwürdigen lassen zu einem bloßen Militärstaat. Wir fühlen uns jetzt am Schluß der Session gedrungen, so sehr wir auch in vielen inneren Fragen von dem Grafen Bismarck abweichen, in vollster Uebereinstimmung mit seiner äußeren Politik ihm die Dankbarkeit zu bezeugen, die wir ihm schuldig sind. Wer die politische Stellung der preuß. Regierung nach dem Frieden von Nicolsburg verfolgt hat, wer Einsicht genommen hat in die Friedensverträge mit den süddeutschen Staaten, wer die gestrigen Erklärungen gehört hat, nach welchen es nur von dem freien Willen der hessischen Regierung abhängt, in den Norddeutschen Bund einzutreten, wer nach solchen That-sachen noch behaupten kann, es werde nur ein norddeutscher Militärstaat beabsichtigt, — m. H., dem ist überall nicht zu helfen. Es ist wunderbar, welche Coalition von Gegnern uns gegenübertritt. Auf der einen Seite die entschiedensten Demokraten, deren Tendenz doch wahrlich nicht darauf hinausläuft, sich für die Macht der kleinen Fürsten zu interessieren, die aber dennoch hier wie auswärts nach dieser Richtung hin verschoben werden. Mit ihr verbunden die Ultramontanen und endlich die ausschließlich Vertreter von abgeschwundenen Befugnissen einzelner Fürsten, die nichts weiter kennen als die Kleinstaaten, in denen sie gelebt und geherrscht haben, und die noch nicht gelernt haben, an das große deutsche Vaterland zu denken. Wir haben das Vertrauen, mit diesen Gegnern fertig zu werden. (Kedner führt alsdann aus, daß es nicht Aufgabe des Reichstages sei, Oesterreich in zwei Theile zu zerreißen, auch nicht zu erklären, daß die süddeutschen Regierungen den Eintritt in den Bund vollziehen können, wann es ihnen beliebt. Es sei verfehrt, die preuß. Regierung dafür verantwortlich zu machen, daß der Süden noch nicht eingetreten; die Ursache liege in der Abneigung der Regierungen und eines Theils der Bevölkerung. Kedner schließt:) Die Abneigung des Volkes ist offenbar im Schwinden, alle Zeichen beweisen, daß man nicht bloß in der Phrase und in Redensarten mit uns einig ist, sondern daß man auch gewillt ist, die Lasten mit zu übernehmen, die ein großes Staatswesen auflegt. Deshalb zieht es uns, am Schluß unserer Berathung, offen dem Süden die Hand hinzustrecken. Es darf uns nicht eingewendet werden, daß sei jetzt nicht opportun, es sei besser diesen Wunsch nach Vereinigung heute nicht in der Weise auszusprechen. Ich glaube, das Ausland weiß das schon eben so gut wie wir, daß nichts in der Welt die deutsche Nation auf die Dauer auseinander halten kann. Sollte das Ausland sich dennoch solchen Illusionen hingeben, so ist es besser, eher heute als morgen, diese Illusionen zu zerstreuen. (Leb. Beifall.)

Abg. Dr. Wigard ist der Meinung, daß in dem Verfassungsentwurf von deutscher Einheit nicht viel zu finden sei. Die Frage wegen Deutsch-Oesterreich müsse man allerdings der Zukunft überlassen; aber mit Süddeutschland müsse man mehr beschäftigen, als internationale Verträge. Vor Allem müsse aber, wenn der Süden eintreten will, offen gehalten werden, daß die gegenwärtige Verfassung solchen Veränderungen unterzogen werden kann, welche sie dem Volke etwas genehbarer machen. (Bravo links.)

Abg. Lasker: Da der Hr. Abg. Bebel zu derjenigen Partei gehört, welche bei der Wahl in Elberfeld die Wahl des Grafen Bismarck gegen die liberale Partei durchgesetzt hat, so darf ich wohl darauf hinweisen, daß dies mit seiner heutigen Stellung in Widerspruch ist; man kann nicht Hand in Hand mit der Regierung an die Wahlurne treten und zugleich eine Berechtigung haben, dieser Regierung in so scharfer Weise entgegenzutreten. Ich glaube nun überhaupt, daß die Rede des Hrn. Bebel nur die Politik, welche in Bismarcks getrieben zu werden pflegt, treu wiedergebildet hat. — (Der Präsident unterbricht ihn mit der Bemerkung, daß er zweifle, ob dem Redner eine solche Kritik über einen Collegen zuliebe.) — Ich wollte auch kein scharf kritisirendes Wort gebrauchen, ich wollte nur sagen, daß es Gespräche giebt, die der Wahrheit der Thatfachen nicht entsprechen. (Kedner setzt auseinander, daß der Anschluß Süddeutschlands eine rein innere deutsche Frage sei und er freue sich, daß Graf Bismarck, wie aus seiner gestrigen Erklärung hervorgehe, derselben Meinung sei. Das Verhältniß Oesterreichs zu Preußen werde sich hoffentlich jetzt, nachdem jeder Grund zur Rivalität fortgefallen, freundlich gestalten. Durch keine Rücksicht — so schließt Kedner — dürfen wir eine Verzögerung der Vereinigung Nord- und Süddeutschlands eintreten lassen, wenn die Möglichkeit des Anschlusses einmal gegeben ist. Unsere Anträge bezwecken, diese Ansichten über den Anschluß der Südstaaten und auch Luxemburgs, dahin zum Ausdruck zu bringen, daß es sich dabei nicht um eine Verfassungsänderung handeln wird, sondern lediglich um eine Regelung im Wege der Gesetzgebung, und wir wollen es schon gegenwärtig in der Verfassung aussprechen, daß dieser Anschluß eine innere rein deutsche Angelegenheit ist, damit das Ausland diesen unseren Willen erfahre und die Ueberzeugung gewinne, daß wir diesem Willen Achtung verschaffen werden.)

Abg. Schrader: Das erste Recht der Nation sei das auf nationale Zusammengehörigkeit, dieses Recht habe selbst in der Form des alten Bundes seinen Ausdruck gefunden.

Er (Kedner) lasse sich den Traum seiner Jugend nicht nehmen: das ganze Deutschland soll es sein. (Im Laufe der Discussion zieht Kedner sein Amendement zu Gunsten des Dunder-schen zurück.)

Abg. v. Vinde-Hagen: Auch ich bin der Ansicht, daß wir Alles aufnehmen, so weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt, aber ich möchte dabei die allgemeinen politischen Verhältnisse nicht außer Acht lassen. Dem Amendement Dunder möchte ich den Vorwurf machen, daß es nicht weit genug geht. Die Deutschen, die zum ehemaligen deutschen Bunde gehörten, genügen mir nicht allein; es giebt auch Länder, die nicht zum deutschen Bunde gehörten und wo doch die deutsche Zunge klingt, die möchten wir uns doch auch nicht entgehen lassen. Und nun sprechen Sie mir doch nicht davon, daß die Antipathien des Südens bloß aus dem Mangel an verfassungsmäßigen Garantien herrühren. M. H., denken Sie an die neue Aera. Unsere süddeutschen Brüder finden es sehr bequem, wenn wir sie gegen das Ausland schützen, und unbequem, wenn sie ihr Theil dazu beitragen sollen. Das wird sich auch nicht durch einige parlamentarische Reden ausweisen lassen. Das Amendement des Abg. Schrader halte ich für particularistisch. Der Hr. Abg. hat gesagt, daß er auf dem Boden der Thatfachen stehe, aber wie er dann die Annexion von Schleswig-Holstein, wie vor nicht langer Zeit, eine Sünde nennen kann, das begreife ich nicht. Er mag als Prebiger über das Capitel von den Sünden sachgemäßer urtheilen können als ich, aber auf dem Boden der Thatfachen steht er nicht. (Heiterkeit.) Was das nationale Band des alten Bundes anbelangt, so möchte ich wiederholen, was Schulze-Delitzsch 1848 gesagt hat, er sei wohl ein Band, aber ein Popfband. (Heiterkeit.) Und in An-sehung des Auslandes möchte ich den Abg. Schrader fragen, ob er sich nicht in die Zeit von 1839 zurückversetzt, als $\frac{1}{2}$ des Herzogthums Luxemburg gegen die Grafschaft Limburg weggegeben wurden. Was hat denn der deutsche Bund für Schleswig-Holstein gethan? Haben nicht Oesterreich und Preußen die Herzogthümer befreit und zwar gegen die Beschlüsse des Bundestages? (Unterbrechung.) Präf. Simson: Wer schreit dazwischen! — Abg. v. Vinde: Ich kann auf inarticulirte Töne nicht antworten. Mit dem Lasker-Miquel'schen Amendement habe ich große Sympathie und will deshalb Kleinigkeiten nicht tabeln. Was mich verhindern könnte, ihm zuzustimmen, wäre, daß die Regierung erklärte, dasselbe könne ihr gegenwärtig Verlegenheiten bereiten. Ich glaube dies nicht, im Gegentheil, es kann der Regierung nur angenehm sein, aber vielleicht würde sie doch officiell erklären müssen, daß es ihr unopportun sei ob wir zur Zeit dem Kriege entgegenstreben, oder mit Eilen noch den Frieden vermeiden können. (große Heiterkeit), den Krieg vermeiden können, will ich nicht untersuchen, aber ich meine, daß die europäische Lage nicht ohne Einfluß auf die Schlussabstimmung sein sollte, und wenn der Abg. Miquel die Kategorien, die gegen die Verfassung sind, charakterisirt, und sagt, daß sind die Herren, die gegen uns sind, dann hätte er hinzuzufügen sollen, und die leider stets mit uns stimmen. Ich hoffe, daß die europäische Lage den Scheidungsprozeß zwischen ihm und den Herren, mit denen er leider stets stimmt, befördern wird. Andererseits aber hoffe ich, daß die süddeutschen Staaten und auch das erlauchte Haus Habsburg, mit dem wir Jahrhunderte lang auf so vielen Schlachtfeldern zusammengestanden haben, wenn ein Versuch des Auslandes auf Deutschland gemacht werden sollte, zu uns stehen werden, eingedenk des Dichterwortes:

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Noth uns trennen, noch Gefahr.

(Bravo rechts!)

Graf Bismarck: Ich kann nicht behaupten, daß die Tendenz des Amendements Lasker unseren Wünschen und Bestrebungen widerspricht. Eine andere Frage ist aber die, ob solche Mitglieder dieser Versammlung, welche zugleich Vertreter der Regierungen sind, sich augenblicklich in der Lage befinden, für das Amendement zu stimmen. Ich habe gesagt, daß es unsern Wünschen nicht widerspricht. Aber eine Regierung ist verpflichtet, sich bei der Aussprache ihrer Wünsche nach der Decke ihrer Rechte zu strecken. Ich will damit auch nicht behaupten, daß die Annahme dieses Amendements im Widerspruch mit dem Art. 4 des Prager Friedens stünde, ich will nur nicht ganz den Verhandlungen, die zu einer einheitlichen Auslegung der Contrahenten des Prager Friedens erforderlich sind, vorgehen, auch nicht die Entschliessung der süddeutschen Regierungen in einer Weise präjudiciren, zu welcher bisher der Grad ihres amtlichen Entgegenkommens uns nicht auffordert. Daß im Art. 4 des Prager Friedens nicht bloß ein internationales Schutz- und Trutzbündniß — wie einer der H. H. Vorredner bemerkte, ins Auge gefaßt ist, geht, glaube ich, aus seinem Wortlaut für jeden aufmerksamen Leser hervor. Es ist im Art. 4 nicht von einer neuen Gestaltung Norddeutschlands bloß die Rede, sondern von einer neuen Gestaltung Deutschlands. Der Begriff wird dadurch erläutert, daß der Nachsatz folgt: „Deutschland ohne Betheiligung des österreichischen Kaiserstaates“. Also es ist zugestimmt zu einer Umgestaltung derjenigen Bestandtheile des früheren deutschen Bundes, welcher nach dem Ausschneiden der österreichischen Theile des Bundesterritoriums übrig war. Es ist ferner in der dritten Zeile vor dem Schluß des Artikels von der nationalen Verbindung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bunde gesprochen, also nicht von einer internationalen, welches Wort ausdrücklich in demselben Artikel auf die Beziehungen Süddeutschlands zum Auslande seine Anwendung gefunden hat. Wenn ich nichtsdestoweniger die Frage, ob der Eintritt der süddeutschen Staaten mit diesem Artikel verträglich ist, einseitig nicht bejahen möchte, sondern ihre Verantwortung im Einverständnis mit der kais. österr. Regierung finden möchte, so bewegt mich dazu der Umstand, daß eine der Prämissen, welche Art. 4 aufstellt, in der Kette fehlt: das ist nämlich das Zustandekommen des süddeutschen Bundes. Wäre dieser zu Stande gekommen, oder hätte er die Aussicht dazu, so ist meine Ueberzeugung immer gewesen, daß wenn im Norden ein Parlament tagt auf einer nationalen Basis, im Süden ein anderes, diese beiden Parlamente nicht länger auseinander zu halten sein würden, als etwa die Gewässer des rothen Meeres, nachdem der Durchmarsch erfolgt war. (Heiterkeit.) Diese Prämissen fehlte bisher und wir möchten bei der Ueberzeugung, daß die nationale Zusammengehörigkeit ihre Sanction durch die Geschichte ganz zweifellos dennoch empfangen wird, über die Frage, ob dies sofort und in welcher Form geschehen kann, nicht in Meinungsverschiedenheit mit der kais. österr. Regierung über die Auslegung des neuesten Friedensvertrages zwischen uns gerathen und dieser Auslegung nicht einseitig vorgehen. Im Uebrigen bin ich auch der Meinung, daß der Unterschied zwischen dem Amendement Lasker und dem Texte des Artikel 71 so sehr erheblich in der Praxis nicht ist.

Das Bundespräsidium würde unzweifelhaft mit der Initiative doch so lange warten, bis es diejenigen Verhandlungen geführt hat, die in dem Art. 71 vorgehoben sind, und es sich durch den Verlauf der Verhandlungen überzeugt hat, daß der Moment eingetreten sei, wo in diesem Sinne vorgegangen werden könne. Aus diesen Gründen werde ich mich enthalten, für das Amendement Lasker zu stimmen. Wird es angenommen werden, so wird an die verbündeten Regierungen ja die Frage herangetragen, ob sie sich zu diesem neuen Text des Verfassungsentwurfes bei der definitiven Beschlussfassung werden bekennen können. Ich glaube nicht, diese Frage von Hause aus verneinen zu sollen, um deswillen, weil das Amendement eben die Eigenschaft hat, dem Präsidium und dem Bundesrath die Entschliessung über den Zeitpunkt dennoch vollständig frei zu lassen und in keiner Weise verpflichtet würde, der Frage früher näher zu treten, als wir mit allen Elementen, denen wir das Recht einzureden zuerkennen, darüber einig sind. (Leb. Beifall.)

Abg. Bebel (persönlich): Der Hr. Abg. Lasker hat mich als ein Mitglied der Lassalle'schen Partei bezeichnet, die in Elberfeld für den Grafen Bismarck gestimmt hat. Daß dem nicht so sein kann, beweist meine Rede, die gegen die Politik des Grafen Bismarck Front gemacht hat. Ich erkläre, daß ich nicht der Lassalle'schen, sondern der radikal-demokratischen oder der Volkspartei angehöre. Bei der Abstimmung wird das Amendement Dunder abgelehnt (dafür nur die Linke), Art. 71 der Regierungsvorlage mit sehr großer Majorität angenommen, desgleichen der Zusatz der Abg. Lasker-Miquel zu Art. 71 und schließlich der Art. 71 mit diesem Zusatz.

Die Vorberathung wendet sich nunmehr der Einleitungsformel des Verfassungsentwurfes zu: „S. M. der König von Preußen u. s. w. schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, so wie zur Pflege und Wohlfahrt des deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen des „Norddeutschen“ führen und wird nachstehende Verfassung haben.“ Abg. Scherer beantragt nach dem Worte „nachstehende“ einzufügen: „in Uebereinstimmung mit der zum ersten Norddeutschen Reichstage berufenen Gesamtvertretung des Norddeutschen Volkes festgestellte.“ Abg. Scherer will damit die Auffassung ausschließen, als werde dieser Reichstag mit seinen Beschlüssen durch die nachträgliche Zustimmung des preuß. Abgeordneten-hauses unter die Vormundschaft des letzteren gestellt.

Abg. Kantat: Wir (die polnischen Abgeordneten) haben durch unsern Protest unser Recht gewahrt und seitdem geschwiegen; wir würden auch heute schweigen, wenn das Amendement Scherer uns nicht zu sprechen veranlaßt. Nicht weil es von einer „Uebereinstimmung“ spricht, an der wir uns in zweifelsohner Weise nicht betheiligen konnten; nicht weil es unklar vom „norddeutschen Volke“ spricht, während die Erfahrensten, bei denen ich deshalb nachgefragt, wohl von norddeutschen Staaten, aber nichts von einem norddeutschen Volke wissen; sondern weil es die Polen dem deutschen Volke zuzählt. Man kann uns wohl zwingen, einem deutschen Bundesstaat, aber nicht dem deutschen Volke anzugehören.

Abg. Twisten: Das Bedenken des Vorredners gegen den Ausdruck „norddeutsches Volk“ theile ich durchaus, für mich ist ein solches nicht da. Was die Bevormundung des Reichstages durch das preuß. Abgeordnetenhaus betrifft, so hat das letztere bei der Berathung des Wahlgesetzes für den Reichstag die staatsrechtliche und unantastbare Theorie aufgestellt, daß keine Verfassung auf einem andern Wege als auf den von ihr selbst bezeichneten Wegen geändert werden kann, die preussische also nur im Wege der Uebereinstimmung der drei Factoren der Gesetzgebung. Die preuß. Vertretung hat an ihrer Verfassung einen festen Boden unter den Füßen, der Reichstag aber, der ein neues Werk erst schaffen soll, hat ein unklugliches Recht nicht unter den Füßen. Hr. Scherer wiederholte dann, daß das preuß. Abgeordnetenhaus unmöglich ablehnen könne, was in diesem Reichstag beschlossen ist. Ich glaube auch, daß das sehr schwer halten würde, daß aber, wie die Reichsverfassung aus der Vorberathung jetzt hervorgegangen ist, eine große Resignation für einen Theil der preuß. Landesvertretung dazu gehören wird, ihr zuzustimmen, daß nur die Rücksicht auf den großen historischen Zweck der Einigung sie würde bestimmen können, liegt auf der Hand. Es wäre vergeblich zu glauben, daß für die Bundesverfassung, wie sie jetzt vorliegt, ein Enthusiasmus im Volke hervorgerufen werden könnte (sehr richtig!). So wenig wie im J. 1815 nach den großen Erfolgen Preußens und Deutschlands für die Bundesacte von 1815. Sie werden vom deutschen Volke nicht verlangen können, daß es sich für dieses Werk erwärmt. (Hört!) Es wird dasselbe als ein Werk der Noth betrachtet, hervorgegangen aus Compromissen zwischen verschiedenen Rücksichten und Interessen. Wir sind daher wohl berechtigt, die Mahnung, wir sollten nicht zu viel verlangen, wir sollten resigniren und das große Werk nicht aus Parteiwünschen hindern, der andern Seite des Hauses und den Regierungen zurückzugeben, damit sie nicht durch die Summation von Dingen, zu denen wir uns nicht verstehen können, das Zustandekommen des Werkes erschweren. Hr. v. Vinde wirft uns vor, daß wir zusammengehen mit Gegnern des Werkes, mit Particularisten und Demokraten. Allerdings haben wir in vielen constitutionellen Fragen mit Mitgliedern gestimmt, mit denen wir nicht eben in Gesinnung und Anschauungen über das vorliegende Werk eng verbunden sind. Aber eine Ursache, daß wir für manche Bestimmungen nur eine kleine und schwankende Majorität mit Hilfe solcher Mitglieder erlangten, lag zum Theil in Hrn. v. Vinde und seinen Freunden, auf die wir beim Eintritt in den Reichstag für die Aufrechterhaltung mancher constitutionellen Grundsätze glauben zählen zu können. Da sie uns aber in den wesentlichsten constitutionellen Fragen im Stiche lassen und Miene machten, nicht bloß für einige Zeit, sondern für immer auf die Grundrechte des Volkes zu verzichten, da haben wir uns allerdings freuen müssen, wenigstens mit Hilfe mancher Mitglieder, die uns sonst nicht nahe standen, eine, wenn auch geringe Majorität zu finden für Grundsätze, auf die wir im Namen der Zukunft unseres Vaterlandes niemals verzichten können. (Leb. Beifall.)

Abg. v. Vinde begreift nicht, wie man die Wiener Bundesacte, wenn man sie kennt, mit dieser Bundesverfassung zusammenstellen kann. Er und seine Freunde hätten die nationale Sache über alles gestellt, auch über die constitutionelle Schablone.

Abg. Twisten: Ich kenne den Entwurf und die Bundesacte ziemlich genau und der einzige Vergleichspunkt, den ich hervorhob, ist der, daß den jetzigen Wünschen und Anforderungen des Volkes die Bundesverfassung, die wir jetzt beschlossen haben, wohl ebenso wenig vollständig genügen dürfte, wie unter anderen Umständen ein anderes Werk. Was Hr. v. Vinde übrigens als constitutionelle Schablone bezeichnet

hat, betrachte ich als ein wesentliches und nicht aufzugebendes Recht. (Beifall links).

Das Amendement Scherer wird abgelehnt und die Einleitungsformel der Regierungs-Vorlage so gut wie einstimmig angenommen, desgleichen die Ueberschrift. Damit ist die Vorberatung geschlossen. Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. v. Fockenberg und Gneist werden für gültig erklärt. Aus 4 Wahlkreisen fehlen die Acten. Nächste Sitzung Montag.

Politische Uebersicht.

Die Unterzeichner der Verträge von 1839 werden sich in der nächsten Zeit mit der luxemburgischen Frage beschäftigen. Ob eine Konferenz der Vertreter der Mächte zu Stande kommen wird, steht noch dahin. Preußen hat jedenfalls kein Interesse daran, eine solche Konferenz besonders zu befürworten; denn weder Preußen noch Frankreich werden geneigt sein, sich dem Spruche der Konferenz unbedingt zu unterwerfen. Der Minister Montier sagte auch im gesetzgebenden Körper in Paris nicht, daß Frankreich zur Erwerbung von Luxemburg die Zustimmung der Mächte für notwendig halte, sondern er berief sich nur auf „die lokale Prüfung der Interessen der Großmächte.“

Die halböffentliche „Weimarsche Bzg.“ schreibt über die gegenwärtige Situation: „Unwillkürlich sucht man sich die Bedeutung der augenblicklichen Situation durch einen Rückblick auf die Entwicklung des vorjährigen Krieges zu vergegenwärtigen. Scheinbar sind wir danach sehr viel weiter von dem Ausbruche des Kampfes heute entfernt, als zur selben Zeit des vor. Jahres, tatsächlich ist dies indessen nicht richtig. Allerdings sind noch keine Armeen in Kriegsbereitschaft, keine Festungen armirt und verproviantirt, aber wir stehen heute vor der Anwendung jenes letzten Mittels zur Erhaltung des Friedens, der Europäischen Konferenz, wie im Juni v. J. Dem Scheitern jenes Vorschlages folgte der Ausbruch des Krieges unmittelbar und wir dürfen uns nicht verbergen, daß allem Anscheine nach der Entwicklungsgang heute derselbe sein würde, wenn dieser Vorschlag auch diesmal scheitert.“

Der „Wes. Bzg.“ wird von Berlin vorgestern Abends telegraphirt: „Die Absicht des Königs der Niederlande, die Verhandlungen über die Abtretung des Großherzogthums Luxemburg an Frankreich abzubrechen, ist, wie verlautet, am Widerpruch Frankreichs gescheitert. Die Geneigtheit Preußens, die Angelegenheit einer die Entscheidung nur verzögernden Konferenz der Unterzeichner der Verträge von 1839 zu unterbreiten, wird bezweifelt, da nach den Erklärungen des Grafen Bismarck die definitive Haltung Preußens wesentlich von den Ansichten seiner Bundesgenossen und der Volksvertretungen abhängig ist.“ Der beschleunigte Zusammentritt des preuß. Landtages wird mit dieser Frage in Verbindung gebracht.“

Die Berliner „Post“ erhält wie sie sagt — von vollkommen zuverlässiger Seite die Nachricht, daß Frankreich vor etwa 14 Tagen der österreichischen Regierung ein Offensiv-Bündniß gegen Preußen angeboten hat, welches von Desterreich hinhalten beantwortet wurde, indem Hr. v. Buß überhaupt gegen ein solches Bündniß, namentlich gegen einen vorzeitigen Abschluß desselben sich erklärte, während die Militärpartei, welche aber nicht durchgedrungen ist, solches begünstigte. Die „Post“ behauptet ferner, daß trotz der letzten Vorkommnisse zwischen Frankreich und Preußen das beste Einvernehmen besteht.

Berlin. Die „Nordd. A. Z.“ dementirt in einer offiziellen Notiz die von der „B. u. S.-Z.“ gebrachte Nachricht von einer nach Stuttgart gerichteten Depesche, worin Preußen die Untrennbarkeit des Friedensvertrages von dem Bündnißvertrage betont habe. Die preussische Regierung hält die Zustimmung der Stände zum Bündnißvertrag vom 13. August für erforderlich und vertraut selbstverständlich dem deutschen Nationalgefühl des württembergischen Landtages, ebenso wie der vollen Vertragstreue der württembergischen Regierung.

Die Regierungs-Referendarien v. Kemnitz zu Merseburg, Westphalen zu Danzig, Graf zu Solms-Laubach zu Coblenz und Basche zu Marienwerder sind auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zu Regierungs-Assessoren ernannt worden.

Hamburg, 10. April. Das vom Wolff'schen Telegraphen-Bureau gestern gebrachte Alarm-Telegramm in Betreff der Ankäufe von Getreide für französische Rechnung wird von der „Börse Halle“ völlig dementirt.

Frankreich. Paris, 8. April. Das „Avenir National“ schreibt: „Guten Quellen zufolge hat die französische Regierung an die preussische eine Note gerichtet, welche im Wesentlichen lautet: „Ich verzichte darauf, Luxemburg zu kaufen; aber räumen Sie die Citadelle.“ Graf Bismarck's Antwort habe gelautet: „Nichts lieber als das, aber es ist mir unmöglich, es ist zu spät.“ Dazu bemerkt die Liberts: „Wenn es so steht, so ist der Krieg unvermeidlich. Wenn Frankreich darauf verzichtet, Luxemburg einzuverleiben, nachdem es sich so weit vorgewagt hatte, so wäre dies eine schwer zu ertragende Schlappe; aber die Unwesenheit der Preußen vor unseren Thoren dulden, das ist einfach eine Unmöglichkeit. So möge unsere tapfere Armee denn, die ganze lebendige Nation hinter sich, im J. 1867 die Fehler wieder gut machen, welche unsere Diplomatie 1866 beging.“ Man sieht, es ist wiederum eine directe Drohung, wie gestern, gegen den Kaiser, wenn er der Kriegspartei nicht Voreparire. Was Girardin's Organ mit einer gewissen Verbeist offen sagt, sucht die „France“ mit verschämten Wangen zu erreichen. Ihr zufolge ist die Volksversammlung in Berlin an Allem Schuld; die drei Punkte, welche jene Berliner beschloßen, sucht die „France“, echt imperialistisch, der Regierung in Rechnung zu bringen, indem sie so argumentirt: „Rundgebungen dieser Art sind um so bezeichnender, da sie unter einer Regierung hervortreten, die uns nicht an Schonung gegen die öffentliche Meinung gewöhnt hat, wenn dieselbe ihren Plänen entgegen ist.“

(R. Z.) Der Kaiser arbeitet an einem Manifeste an das Volk. Gestern hatte er längere Conferenzen mit dem Kriegs- und dem Marine-Minister. Die Waffenfabriken haben dringende Aufforderungen erhalten, ihre Arbeiten zu beschleunigen, und der mit der Anfertigung von Chassepot-Ge-wehren beauftragten Privat-Industrie verspricht man Prä-mien, wenn sie vor dem bedungenen Termine liefern.

Aus Paris wird der „Preuss. Bzg.“ geschrieben: Wie es heißt, hat der Kaiser diejenigen Marschälle wenig freundlich empfangen, welche ihm vorstellten, Frankreich sei nicht in der Lage, einen großen Krieg in der nächsten Zukunft zu unternehmen. Er scheint die Ansicht des Kriegsministers zu theilen, daß binnen wenigen Wochen Frankreich schlagfertig sein werde.

Wie der Pariser Correspondent der „Magd. Bzg.“ mittheilt, durchziehen Agenten die Provinzen, welche den

Bauern einzureiben suchen, die Preußen kämen, um Frankreich zu zerstören.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Angelommen 3 Uhr Nachmittags.
Paris, 11. April. Die Majorität des gesetzgebenden Körpers hat ihre Interpellation wegen der Luxemburger Frage zurückgezogen und die Interpellationen der Eierspartei und der Oppositionspartei wegen derselben Frage wurden durch die Bureauz verworfen.

Der „Abend-Moniteur“ schreibt: Die durch den Minister gegebene Erklärung der Regierung in der Luxemburger Frage bezwecke die Beruhigung der öffentlichen Meinung und die Wiederherstellung der durch die Journale entstellten Thatsachen. Frankreich werde es verstehen, die Anforderungen der nationalen Würde mit den Interessen und Gefühlen der Mäßigung und Gerechtigkeit zu vereinbaren.

„Temps“ und „Siecle“ plaidiren für die Neutralisirung Luxemburgs.

Städtische Hypotheken-Bank-Vereine.

Seit Jahren ist der Gedanke, für den städtischen Grundbesitz Hypothekenbanken nach Art der ländlichen Pfandbrief-Institute einzurichten, angeregt; endlich ist der Druck, in dem sich der Hausbesitz wegen des fehlenden Credits befindet, so arg und so allgemein geworden, daß man aller Orten eine Bewegung, um dem Gedanken die That folgen zu lassen, in Fluß kommen sieht.

Hat stets eine Vereinigung der Kräfte der Theilgehabten überall, wo sie erstrebt und richtig gebildet wurde, zur Förderung des Gesamtinteresses wesentlich beigetragen, so wird auch diese sich selbst helfende Vereinigung der Hausbesitzer der Reife, die ihnen immer mehr droht, bezeugen können und viele Jahre dem Grundbesitz nützen.

Der Hausbesitzer braucht Geld auf Hypothek, er wünscht dabei, daß er möglichst niedrige Zinsen zahle, daß er keinen Kündigungen und Unkosten ausgesetzt sei; der Capitalist dagegen will gute Sicherheit, gute Zinsen für sein Geld haben und doch jederzeit über sein Capital rasch verfügen.

Bei den ländlichen Grundbesitzern ist seit vielen Jahrzehnten eine Behörde, die sog. Landchaft, der rasche, billige und sichere Vermittler zwischen dem Grundbesitzer und dem Capitalisten.

Beim städtischen Grundbesitz ist diese Vermittelung noch in den Händen vieler Privatpersonen oder Gesellschaften, die für mehr oder weniger hohe Gebühre, mit mehr oder weniger Erfolg und Sicherheit, lediglich zu eigenem Nutzen das Geschäft gewerbmäßig oder nebenbei betreiben.

Findet also der städtische Grundbesitz einen Vermittler, der, ähnlich wie das Institut der Landchaft, billiger, rascher und sicherer dient, so kommt er viel besser fort; beizugt dieser Vermittler außerdem noch, daß das Capital unfindbar zu festen Zinssätzen und demnach der Gläubiger stets freie Verfügung zur Verflüchtigung seiner Hypothek hat, so ist dieser Vermittler derjenige, der beiden Theilen am besten dient. Arbeitet dieser Vermittler als besoldeter Beamter, so kommt der Mehr-Ertrag der Vermittlergebühren dem zu gute, der den Beamten bestellt; bestellt also die Gesellschaft städtischer Grundbesitzer (denn es ist weder Sache des Staates noch einer Commune, den Capitalvermittler zu machen und ein betreffendes Institut zu leiten) solche Beamte, so gehört ihr der Mehr-Ertrag, möge sie von solchen die Verwaltungskosten jährlich kürzen oder ansammeln und später den Mitgliedern auf ihre Beiträge und Schulden aufschreiben.

Da es dem Grundbesitzer-Verein nicht zugemuthet werden kann, baare Gesellschafts-Capitalien zusammen zu schieken um sie unter sich auszuborgen, so muß der Verein sich die Aufgabe stellen, einmal einen Markt für den Umtausch von Privat-Hypotheken (Hypothekenbörse, Umschlagstermine) zu eröffnen und sodann selbst für die auf den Namen des Vereins erworbenen Hypothekendocumente dem Schuldner als Valuta allgemein auf den Inhaber lautende öffentliche Werthzeichen (Pfandbriefe) zu geben und diese für ihn in Geld umzusetzen.

Um aber Alles das zu leisten, was den Capitalisten anregt, durch den Verein gute Hypotheken zu erwerben und was dem Schuldner einen unfindbaren und festen Credit sichert, muß der Verein auch einen Reservefonds, der die Sicherheit des Institutes erhöht und einen Amortisationsfonds, der dasselbe gegenüber dem Vereine und somit seinen Gläubigern leistet und gleichzeitig den Schuldner zur allmähigen Entlastung und zu neuem Credit führt, bilden.

Nach diesen allgemeinen Andeutungen wollen wir in einem folgenden Artikel mit Betrachtung der uns nahe liegenden Verhältnisse der Stadt Danzig der Sache näher treten.

Danzig, den 11. April.

* Sr. Maj. Schraubencorvette „Arcana“ ist heute auf der Rheide zu Neufahrwasser angekommen.

* Militärisches. Hauptm. u. Battr.-Chef Bechtold v. Grenschwerdt von der 5. Art.-Brig. ist unter Beförderung zum Major, als Art.-Comdr. in die 1. Art.-Brig. versetzt. Schmidt, Zeug.-Lt. vom Art.-Dep. in Danzig, ist zum Art.-Depot in Pillau und Stragner, Zeug.-Lt. vom Art.-Dep. in Rügen, zum Art.-Depot in Danzig versetzt. Dr. Bräunlich, Marine-Militärarzt, ist zum Stabs- und Marinearzt 2. Kl. befördert. Heid, Capt. 3. E. ist zum Commandanten der Corvette „Gertha“ ernannt.

* Schwurgerichts-Verhandlung am 10. April. Das Wohnhaus des Stellmachers Meins in Woglast liegt ganz isolirt auf dem Felde und ist von ihm und seiner 77-jährigen Ehefrau bewohnt. Zu Ostern vergangenen Jahres in einer Nacht erbrachen zwei Männer seine Wohnung, drangen in dieselbe ein und forderten von ihm unter dem Vorgeben, daß sie Reisende seien und nach Amerika wollten und unter Bedrohung Geld. Meins weigerte sich, irgend etwas herzugeben; es kam zu einem Ringen zwischen Meins und einem Räuber, wobei ersterer den Kürzeren zog. Meins fragte die Räuber, wie viel Geld sie denn von ihm haben wollten. Die Räuber forderten 100 R., ließen sich aber bis auf 4 R. her-unterhandeln. Er nahm nun aus einer Kiste seinen ganzen Baar-vorrath, bestehend aus 25 harten Thalern, steckte davon unbemerkt 10 R. zu sich und von dem Reste zahlte er 4 R. auf den Tisch, wobei er den Beutel mit den übrigen 11 R. in der Hand hielt. Während der eine Räuber die 4 R. einstufte, sagte der andere den M. an die Kette und nöthigte ihn, den Beutel los zu lassen. Darauf entfernten sich die Räuber. M. hat dieselben nicht erkannt, ihm wurden später unter anderen verdächtigen Persönlichkeiten auch die Arbeiter Schulz und Trantmann aus Neufahr vorgestellt. M. erklärte damals mit Bestimmtheit, daß diese beiden Personen die Räuber seien. Auf Grund dieser Aussage wurde gegen sie wegen Raub und Erpressung die Anklage erhoben. In dem heutigen Termin hat M. indes seine frühere Erklärung nicht aufrecht erhalten. Hier-mit fiel die Anklage. Es erfolgte Freisprechung.

Gestern Vormittag wurde auf der Faktade der Arbeiter Carl Schmidt von einem Fuhrwerk überfahren, und mußte derselbe in Folge der dabei erhaltenen Verletzungen, namentlich an den Füßen, sofort nach dem Lazareth geschafft werden.

Eine durch den Polizei-Organen Dobbert bei dem Schuh-machergesellen Bader ausgeführte Hausdurchsuchung stellte heraus, daß Bader dem Schuhmachereister Braunsdorf, während er bei diesem

beschäftigt war, für einige 30 R. zur Rath fertige Baare (namentlich Damengamaschen) entwendet hat. Der Bestohlene ist in den Wiederbesitz des gestohlenen Gutes gelangt.

Am 22. März c., dem Geburtstage des Königs, wurde das Büttchermeister Marschall'sche Ehepaar auf Mattenbuden durch die Geburt eines Sohnes erfreut. Auf Ansuchen der Eltern hat Se. Maj. der König Patheustelle bei dem Kinde angenommen und be-fohlen, daß sein Name in das Kirchenbuch der katholischen Pfarr-kirche St. Nicolai eingetragen werde.

Aus dem Kreise Marienwerder, 10. April. Mit dem Beginn dieses Jahres ist die sechsjährige Amtsperiode unserer drei ländlichen Kreistagsabgeordneten, der Herren Reichholz aus Jellen, Simson aus Neubrau und Weiskopf aus Rothhoff, abgelaufen und Seitens des Hrn. Landraths v. Nisch für die letzten Tage dieses Monats eine Neuwahl, welche bekanntlich von den ländlichen Grundbesitzern bewerkstelligt wird, angeordnet worden. Es liegt auf der Hand, daß die betreffenden zur Wahl befugten Wähler für dieses Ehrenamt sich Männer erwählen müssen, die mit Frei-sinnigkeit unbefangenen Blicke das rechte Verständnis für die Interessen des immer noch zu sehr beeinträchtigten Bauernstandes verbinden. Geflügelte „Sa-sager“ können wir auch auf dem Kreistage nicht gebrauchen. Wir wissen nicht, ob die obengenannten Herren gewillt sind, das freilich nur zeit- und geldraubende Amt auch fernerhin zu übernehmen; soviel steht aber fest: in bessere Hände konnte das in Rede stehende Mandat kaum gelegt werden.

Bermischtes.

Berlin. Die „Post“ schreibt: In Amerika ist vor etwa 1 1/2 Jahren eine neue Kanone construiert worden, deren Erfinder Hr. Or. ... sich gegenwärtig in Paris aufhält und mit der dortigen Regierung in Verbindung steht. Die Kanone besteht aus einem halben Duzend concentrisch gestellter Ge-wehrläufe, welche gewöhnliche Büchsenkugeln schießen. Die Bedienung besteht aus nur 2 oder 3 Mann, von denen einer Patronen in den am Hinterrand der Kanone befindlichen Auf-satz wirft, während ein anderer die an demselben Ende be-findliche Kurbel dreht. Die Kurbeldrehung hat zur Folge, daß die Patronen sich von selbst in die rechte Stelle schie-ben, losgefeuert werden und somit wieder anderen Platz machen. Mit einem Wort, das neue Geschütz ar-beitet continuirlich nach dem Prinzip der Säge-Maschi-nen. Nach der Behauptung des Erfinders schließt es es aus seinen sechs Läufen mindestens so viel Ku-geln als 500 mit Hinterladern bewaffnete Infanteristen, unter günstigen Umständen noch mehr; und da es ganz unbe-deutenden Rückstoß hat, so behält es genügend seine Rich-tung, um in Truppenmassen Tod und Verheerung zu tragen. An Manövriersfähigkeit übertrifft es bei seiner großen Leichtig-keit natürlich alle andere Artillerie. Die Vereinigte-Staaten-Regierung hat von diesem Geschütz, welches für Amerika Eigenthum einer Compagnie ist, 100 Stück anfertigen lassen. Wie viel Exemplare die Compagnie außerdem noch fertig hat, wissen wir nicht. Es ist indessen nicht unwahrscheinlich, daß der Erfinder der französischen Regierung eine Anzahl fertig zu liefern vermag — ein Umstand, der, wie uns scheint, in der gegenwärtigen Situation die Aufmerksamkeit unserer Militärbehörden verdient.

Börsendepesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 11. April. Aufgegeben 2 Uhr 20 Min.
Angelommen in Danzig 4 Uhr 30 Min.

Korrespondenz.		Korrespondenz.		Korrespondenz.	
Roggen höher,	56 1/2	56 1/2	56 1/2	56 1/2	56 1/2
loc.	56 1/2	56 1/2	56 1/2	56 1/2	56 1/2
Frühjahr	56 1/2	56 1/2	56 1/2	56 1/2	56 1/2
Gerst	53	52 1/2	52 1/2	52 1/2	52 1/2
Rübsl April	10 1/2	10 1/2	10 1/2	10 1/2	10 1/2
Erbsen April	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
5% Pr. Anleihe	101	100	100	100	100
4 1/2% do.	98	96	96	96	96
Staatsanleihe	80 1/2	80	80	80	80

Danziger Börse.

Amliche Notirungen am 10. April 1867.

Weizen 5100 R. Bollgewicht, ordinär und stark ausgewachsen 117 R. 480; weniger ausgewachsen 118/9—121 R. 535—550; gesund bunt 124/5—127 R. 590—625; gesund, hell und feinhunt 122/3—127 R. 600—637 1/2; gesund, hochbunt und weiß 122—128 R. 610—645. Auf Lieferung 7r 10. Mai 128 R. feinhunt 635.

Roggen 4910 R., frischer 119—121 1/2 R. 366—378. Auf Lieferung April-Mai und Mai-Juni 122 R. 375.

Gerste 4320 R., kleine 104 R. 292 1/2. Erbsen 5400 R., weiße Futterwaare 357 1/2. Spiritus 8000 R. 16 1/2 R.

Frachten. London 3s, Newcastle 2s, Firth of Forth 2s, Ostküste, Schottland 2s 3d, Bristol-Canal 3s 9d, Gloucester 4s, Drocheda 4s 7r 500 R. engl. Gewicht Weizen. Krimper 20 Holl. Gulden 7r Last gerades Eichenholz.

Wesf. und Fondscourse. London 3 Mon. 6.22 1/2. Dr. Hamburg 2 Mon. 151 Dr. Amsterdam 2 Mon. 143 Dr. Westpreuß. Pfandbriefe 4% 82 1/2 Dr., 82 1/2 bez. Preuß. Rentenbriefe 88 1/2 Dr., 88 1/2 bez.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.
Danzig, den 11. April. Bahnpreise.

Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, bunt und hellbunt 120/23 — 125/27 — 128/129 R. von 78/85/90 — 92/95 — 96/97 1/2 R.; gesund, gut bunt und hellbunt 126/28 — 129/30 — 131/132 R. von 98/100 — 102/104 — 105/107 R. 85 R.

Roggen 120 — 122 R. von 62 1/2 — 64 — 65 R. 81 1/2 R. Erbsen 57/60 — 62/64 R. 90 R. Gerste, kleine 98/100 — 103/4 — 105/6 — 108 R. von 46/47 — 48/50 — 51/52 — 53 1/2 R., große 105/108 — 110/112 — 115 R. von 51/52 — 53/54 — 55 R.

Safer 30 — 32 R. 50 R. Spiritus 16 1/2 R. 8000 R. Tr.

Getreide-Börse. Wetter: regnerisch. Wind: Süd. Für Weizen trat am heutigen Markte die Kaufkraft bedeutend schwächer hervor als gestern, auch konnten die gestrigen Preise in manchen Fällen nicht voll bedungen werden. Umsatz 250 Lasten. Bunt 118/9 121 R. 535, 550. 555, 124/5 R. 580, 590, hellbunt 123, 124, 125 R. 610, 615, 625, 127/8 R. 637 1/2, 640, 645, hochbunt 132 R. 660 7r 5100 R. — Roggen fest, 119 R. 366, 122 R. 378, 124 R. 390 7r 4910 R.; Umsatz 35 Lasten. Für April-Mai und Mai-Juni-Lieferung ist 375 7r 4910 R. bezahlt. — Kleine 102, 105 R. Gerste 292 1/2 7r 4320 R. — Spiritus 16 1/2 R.

Verantwortlicher Redacteur: D. Adert in Danzig

Meteorologische Beobachtungen.

April	Barom.	Therm. im	Wind und Wetter.
10	Stand in Par.-Ein.	Freien.	
10	332.86	+ 0.4	SW, stark, bedeckt.
11	333.10	+ 0.5	SW, mäßig, do.
12	331.22	+ 4.0	S, stark, bedeckt.

Bureau der General-Agentur.

DANZIG,
Langenmarkt 8.

ELBING,
Herren-Strasse 25.

GERMANIA.



Bureau der General-Agentur.

DANZIG,
Langenmarkt 8.

ELBING,
Herren-Strasse 25.

Lebens - Versicherungs - Actien - Gesellschaft zu Stettin.

Grundcapital: Drei Millionen Thaler Preuß. Court.

Im Laufe des Monats März d. J. sind von uns neu abgeschlossen worden:

3261 Versicherungen auf Thaler 1,228,576 Pr. Court.,

welche der Gesellschaft eine Vermehrung ihrer Prämien-Einnahme um jährlich Thaler 36,601 Pr. Court. zuführten.

Der Versicherungsbestand stieg Ende März d. J. auf

89,222 Versicherungen mit Thaler 42,722,514 Pr. Court.

und die Jahres-Einnahme der Gesellschaft erreichte die Höhe von jährlich ca. Einer Million dreihundert acht und vierzig Tausend neun hundert und neun Thalern preuß. Crt.

Stettin, den 6. April 1867.

Die Direction.

In Westpreußen werden Versicherungs-Anträge entgegengenommen durch die sämtlichen die Gesellschaft vertretenden Herren Agenten und durch die unterzeichnete General-Agentur. (Zur Begräbnis-Versicherung [Sterbekasse] werden in Danzig nur sonntäglich, Nachmittags zwischen 3 bis 6 Uhr, in dem besonders dazu bestimmten Local, Langenmarkt Nr. 8, Meldungen entgegengenommen.)

Agenten werden unter liberalen Bedingungen angestellt, und beliebe man sich deshalb an die unterzeichnete General-Agentur zu wenden.

Danzig, den 10. April 1867.

Die General-Agentur für Westpreußen.

Saml. Mendelsohn.

[435]

Minna Mielke,
Wilhelm Fitté,
Verlobte.

(469)
Strzebielino und Krampkow,
im April 1867.

Nach kurzem Krankenlager starb sanft am 10. April, 9 Uhr Abends, unser innigst geliebter Bruder, Schwager und Onkel Herr Dr. med. Meyer Simon, in seinem 54. Lebensjahre. Freunden und Bekannten widmen diese Anzeige tiefbetrübt (467)

Die Hinterbliebenen.

Danzig, den 11. April 1867.

Heute 7½ Uhr Abends erfuhr ich meine liebe Frau Bertha, geb. Harb, durch die Geburt einer kräftigen Tochter, was ich Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzeige. Danzig, den 10. April 1867. (484)

P. Soschinski.

Heute früh 7 Uhr starb mein innig geliebter Mann und unser theurer Vater, der Rechtsanwalt und Notar Eduard Wegel, nach acht-tägigem Leiden am Nervenleiden, im Alter von 37 Jahren. Dieses zeigen tiefbetrübt an Maria Wegel geb. Henschke nebst vier Kindern. (449)

Stuhm, den 10. April 1867.

Bekanntmachung.

In der Bernhard Langhant'schen Concurs-Sache ist in Stelle des Rechtsanwalts Taube der Rechtsanwalt Reichert zum definitiven Verwalter bestellt worden. (491)

Schwey, den 7. April 1867.

Königl. Kreisgericht.

I. Abtheilung.

So eben traf ein
H. Heine's sammtl. Werke.
Billige Ausgabe. Pfg. 1.

Preis nur 5 Sgr.
Eine billige Ausgabe von H. Heine's sammtl. Werken ist schon so lange ein allseitig laut gewordener Wunsch, daß das endliche Erscheinen derselben gewiß mit der größten Theilnahme begrüßt werden wird.

Die Ausgabe erscheint in 18 Bänden à 3 Lieferungen à 5 Sgr. Das Abonnement verpflichtet zur Abnahme des ganzen Werkes.

Danzig, den 11. April 1867.

P. Sannier'sche Buchhandlung.

A. Scheinert,

Langgasse 20. (470)

NB. Auswärtige erhalten gegen Post-einzahlung (fr. Br. v. 11. April 67) von 5 Sgr. Zusendung franco.

Nothwendiger Verkauf.

Die Grundstücke Elbing I. 602 a, abgeschätzt auf 440 Th., und Elbing I. 201, abgeschätzt auf 31,889 Th. 5 Sgr., beide zur Concursmasse des Fabrikanten Johann Gottlieb Schulte gehörig, sollen im Termine, den 19. Juni 1867, von Vormittags 11 Uhr ab, an ordentlicher Gerichtsstelle vor dem Herrn Kreis-Gerichts-Rath Berendt, im Verhandlungszimmer No. 10 meistbietend verkauft werden. Mit dem Grundstück Elbing I. 201 wird die Forderung auf festgesetzte Brandschadigungs-Gelder, im Betrage von 6336 Th. 23 Sgr., an die Elbinger Feuersocietät unter der Bedingung des Aufbaues der abgebrannten Gebäude zur Liquidation gestellt. Die Taxen und die neuesten Hypothekenscheine sind im Bureau III. einzusehen.

Zu dem Termine werden die Gläubiger Frau Commerzienrath Mathilde Baum, geb. Schwark, Fräulein Caroline Mathilde Baum, Fräulein Mathilde Florentine Baum und Fräulein Catharina Elisabeth Baum öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus dem Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem Gericht zu melden. (5590)

Elbing, den 18. November 1866.

Kgl. Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Wichtige

Anzeige für Bruchleidende.

Wer die vortheilhafte Kurmethode des berühmten Schweizer Bucharztes, Kräft-Altherr in Gais, Ranton Appenzell, kennen lernen will, kann bei der Er ed. dieser Zeitung ein Schriftchen mit Belehrung und vielen 100 Zeugnissen in Empfang nehmen. (10155)

E. Dietrich, Tapezier,

Preisgasse 95,

(480) empfiehlt sich mit allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten, als: Anfertigen von Polstermöbeln und Umarbeiten derselben, Einrichten und Anmachen der Gardinen, Rouleaux, Marquisen, Tapezieren der Zimmer, zu soliden Preisen ganz ergebenst.

Die Maschinen-Bauanstalt

des
C. Laechelin,

Wallgasse an Brabant,

empfiehlt wegen Aufgabe des Geschäfts ihre noch vorräthigen Maschinen zu herabgesetzten Preisen. Hackschneidmaschinen versch. Größe, Dreschmaschinen, Rübenschneller, Oelkuchenschneider, Ringelwalzen, Flügel, Schrotmühlen auf eisernen Steinen, Kleeheften, Wäschringmaschinen, eiserne Kochöfen etc. Auch ist noch eine Portion sehr trockener ellener Dielen zu Modellen und einige Gebinde Stahl in losen Stangen veräußlich. (479)

Symphe direct von der Kuh. Das Han-
röhrchen für 1 Person 20 Sgr.
Berlin, Schiffbauerdamm 33. Dr. Wissa.

Messinaer Apfelsinen und Citronen, in Kisten und ausgezählt, billigt bei (477)
Carl Schnarcke.

Räucherlachs, schönster Qualität, sowie echte
Norwegische Christ. Aukhovis, em-
pfehl. billigt (481)

Carl Horwaldt,

vormals

F. C. Gossing,

Heiligegeist- u. Kuhgassenede 47.

Fetten Räucherlachs

in großen Häften, versendet billigt (487)

Brünen's Seefischhandlung, Fischmarkt 38.

Guten u. deutschen Schweizerkäse, sowie

grünen Kräuterkäse, Limburger und

besten Werderkäse empfiehlt

Carl Horwaldt,

vormals

F. C. Gossing,

Heiligegeist- u. Kuhgassenede 47.

Feinen alten Werder-Käse

besten Qualität empfiehlt (480)

W. J. Schulz, Langgasse 54.

Auf ein Grundstück in der Nähe von Danzig

werden 2000 Thaler zur ersten Stelle ge-

sucht. Adressen werden unter Nr. 455 in der Expe-

dition d. Btg. erbeten.

12 Stück junge Zugschsen

stehen zum Verkauf im Dom. Schugstein bei

Königsberg. (473)

Frischer Blumen- und Gemüse-Samen ist zu

haben bei Pischke, Schiefstange 2. (489)

Meine Wohnung ist jetzt Weilerstraße No. 1,

1 Treppe. (472)

R. Hoffmann,

Tapezier und Decorateur.

Ein Laden-Local in der Langgasse im Preise

von 250 bis 400 Thlr. pro anno wird zu

October zu mieten gesucht. Adressen unter No.

459 in der Exped. dies. Btg.

Eine anständige, geübte Nähterin, hier un-

terk., bittet Herrschaften um billige Arbeit.

Zungernstraße No. 16, erstes Stod. (483)

Eine Remise nebst Stallung für mehr. Offizier-

pferde ist Breitg. 88 sofort zu verm. (482)

Ein Cand. d. ev. Theol., nicht musik., sucht

zum 1. Mai eine Hauslehrerstelle. Gefällige

Offerten in d. Exped. d. Bl. unter 468.

Knaben, die hier die Schule besuchen sollen, finden für 70 Thlr. jährlicher Pension incl. Nachhilfe in den Schularbeiten liebevolle Aufnahme. Näheres Holzgasse 22, 1 Treppe. (475)

Ein militärfreier Oeconom, 27 Jahre alt, der als solcher fungirt, wünscht als erster Wirthschafts-Inspector placirt zu werden.

Gefällige Adressen bittet man unter No. 448 an die Expedition dieser Zeitung zu richten.

Ein der Buchhaltung und engl. Correspondenz

völlig befähigter junger Mann sucht bei be-

scheidenen Ansprüchen eine Stellung. Näheres

Steindamm 17. (440)

Zwei junge Leute, die Lust haben, die praktische

Landwirthschaft zu erlernen, finden Aufnahme

in meinen Wirthschaften zu Marwitz und Girsch-

feld. (453)

Frankenstein,

auf Wiese bei Reichenbach in Ostpreußen.

Langgasse 17 ist die 3. Etage

sobald oder später billig zu vermie-

then. Näheres Langgasse 72. (471)

Eine Sommerwohnung ist z. verm. Schiefstange 2.

Selonke's Etablissement.

Freitag den 12. April. Große Vorstel-

lung und Concert. U. A. auf Verlangen:

Letzte vorm Schiedsrichter. (Fr. Giesfeld,

Fr. Schulz, Fr. Boldt.) Die drei angeführ-

ten Liebhaber. Komische Pantomime. An-

fang 7 Uhr.

Sonntag, 13. April. Nachmittags 3 Uhr:

Kinder-Vorstellung. Abends 7 Uhr: Be-

neiz für Herrn Lüdemann nebst Söhnen.

Danziger Stadttheater.

Freitag, den 12. April 1867. Letzte Opern-

vorstellung in dieser Saison. (Ab-Vorstell.)

Der Barbier von Sevilla. Komische Oper

in 3 Akten von Rossini.

Der heute begonnene Verkauf zum

Besten der Gründung einer christlichen

Herberge in Danzig wird in den beiden

oberen Räumen der Concordia — Langen-

markt 15, 2 Treppen hoch — morgen,

Freitag, von 10—5 Uhr fortgesetzt.

Es sind Gaben in großer Fülle u.

Mannigfaltigkeit eingegangen zu deren

Kauf freundlichst eingeladen wird.

Herr Lieutenant Schütz wird gebeten,

mit seine jetzige Wohnung gefälligst

anzugeben. (486)

Albert Meck.

Druck und Verlag von A. B. Rafemann in Danzig

Hierzu eine Beilage.

Norddeutscher Reichstag.

Abend-Sitzung am 9. April.

Die Tribünen sind überfüllt wie nie, der Saal überfüllt, die Hitze unerträglich. Die General-Debatte über Abschnitt XIII. (s. d. gestrige Abh.-Ztg.) wird fortgesetzt. Abg. Wölff beantragt in Art. 68 einzuschalten: „Kein Mitglied der bewaffneten Macht des Bundes“. Abg. Windthorst spricht für die Einsetzung eines Bundesgerichts. Bundes-Commissar v. Savigny erklärt, die Regierungen hätten diesen Abschnitt möglichst kurz gefasst und behielten sich vor, weitere ergänzende Vorlagen zu machen. Für Fragen politischer Natur könne man die Entscheidung eines Bundesgerichts nicht maßgebend sein lassen, welches vorzugsweise nach rechtlichen Gesichtspunkten entscheiden würde.

Abg. Twesten: Vieles kann man der Zukunft überlassen, aber den Passus von „Faß und Verachtung gegen die Einrichtungen des Bundes“ in Art. 68 muß man schon jetzt streichen. Diese Bestimmung des preuß. Strafrechts werde in der Praxis in hohem Grade mißbräuchlich angewendet. Man könne so ziemlich alles für strafbar erklären, was über die alte Censurordnung hinausgehe. Was Graf Bismarck über das preuß. Wahlgeseß gesagt, könne, auf den Bund übertragen, ein 10-Thaler-Erkenntniß, auch wohl einige Monate Gefängniß einbringen. (Heiterkeit.) Dieser Faß- und Verachtungssatz, überall ein Gegenstand der äußersten Abneigung, dürfe nicht noch weitere Ausdehnung in der Gesetzgebung des Bundes finden. — Abg. Wölff für sein Amendement. Der Rantschal-Paragraph müsse wenigstens auch die bewaffnete Macht mitschließen. Anlaß dazu böten die preuß. Garnisonen im Königreich Sachsen. Soffentlich werde Leipzig, Bauen und der Königsstein dauernd besetzt bleiben (Oh! von den Sachsen), wenigstens so lange der norddeutsche Bund dauert. (Oh! von den Conservativen.) Hat doch ein Staatsanwalt in Leipzig sich geweigert, für einen auf seinem Posten beleidigten Soldaten der preussischen Garnison vorzugehen und diese Garnison müsse doch rechtlich ebenso geschützt werden, wie die sächs. Truppen in Sachsen. — Abg. Wiegand: Umsonst steht man sich in dem Entwurf nach Strafbestimmungen für Verbrechen um, die von den Organen des Bundes begangen werden; es fehlt die Minister-Verantwortlichkeit. Aber auch der Niedrigste im Volk muß Recht bekommen können gegen Verfassungsverletzungen und Ausschreitungen der Oberen. — Abg. Schwarze: Wir sind froh, daß der Abg. Wölff nicht über die Dauer der preuß. Befestigung in Sachsen und des norddeutschen Bundes zu bestimmen hat. Die Staatsanwaltschaft in Leipzig verfuhr correct, da sie vergleichende Jurisprudenz zu verfolgen der Privat-anlage überlassen muß. Der Kommandant hat die notwendige Satisfaction gewährt. Wäre es der f. Staatsanwaltschaft möglich gewesen, einzuschreiten, sie hätte es mit der größten Energie gethan. (Beifall rechts.) — Schließlich wird Art. 68 mit der von Twesten empfohlenen Streichung von „Faß und Verachtung“ angenommen, desgleichen Art. 69 mit Amendement Schwarze. („Die näheren Bestimmungen über die Zuständigkeit und das Verfahren des Ober-Appell.-Gerichtes erfolgen im Wege der Bundesgesetzgebung. Bis zum Erlasse eines Bundesgesetzes bewendet es bei der zeitlichen Zuständigkeit der Gerichte in den einzelnen Bundesstaaten und den auf das Verfahren dieser Gerichte bestehenden Bestimmungen.“) Bei Art. 70 plaidirt Abg. Zachariae für die Einsetzung des Bundesgerichts und einstweilige Annahme des D. A. G. zu Lübeck. Das Recht müsse der Macht so oft weichen, dem Staat gegenüber sei es ohnehin schwer, Recht zu erstreiten. Abg. Braun (Wiesbaden) steht in dem Antrage des Vorredners einen letzten Versuch zu Gunsten des Augustenburger. Abg. Wiggers (Kosel): Mecklenburg habe keine Verfassung und folglich keine Verfassungs-Streitigkeiten. In Kosel wurden 50 Personen wegen Theilnahme am Nationalverein verurtheilt und der sterbende Bundestag gab ihrer Beschwerde Recht. Redner beantragt den Zusatz zu Art. 70: („Wenn in einem Bundesstaate der Fall einer Justizverweigerung eintritt und auf gesetzlichen Wegen ausreichende Hilfe nicht erreicht werden kann, so liegt dem Bundesrathe ob, erwiesene, nach der Verfassung und den bestehenden Gesetzen des betreffenden Bundesstaates zu beurtheilende Beschwerden über verweigerte oder gehemmte Rechtspflege anzunehmen und darauf die gerichtliche Hilfe bei der Bundesregierung, die zu der Beschwerde Anlaß gegeben hat, zu bewirken“). Bundes-Commissar Wegel (für Mecklenburg) tritt dem Antrage mit dem Bedauern bei, daß Mecklenburgs guter Name wieder herabgewürdigt sei. (Link: von der Regierung!) Art. 70 wird angenommen und zwar mit dem Zusatz Wiggers (für den letzteren 138 St., gegen ihn 113).

Danzig, den 11. April.

* Vom Hrn. Handels-Minister ist den Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft nachstehende Bekanntmachung übersandt worden:

Es sollen von jetzt ab: 1) diejenigen Schiffe, welche, ohne unterwegs zu löschen, von Cronstadt nach Petersburg gehen, so wie diejenigen, welche mit voller Ladung bis zu jener Strecke gehen, wo sie unter Aufsicht der dazu aus St. Petersburg entsendeten Beamten, einen Theil der Ladung auf Leichtersfahrzeuge überladen, und die Alle nur in Cronstadt anlegen, um den Zollvorschriften nachzukommen, Booten zu nehmen und je nach Umständen auf günstigen Wind warten, die Meldung und folgenweise auch die Gebührensabgabe fortan nur bei dem R. General-Consulate in St. Petersburg selbst leisten; 2) diejenigen Schiffe, welche gar nicht über Cronstadt hinaufkommen, haben die Meldung und Gebührensabgabe nur in Cronstadt zu leisten; 3) diejenigen Schiffe, welche in Cronstadt so viel löschen, daß sie mit dem Reste der Ladung nach St. Petersburg gehen können und am letzten Orte wieder so viel Rückladung einnehmen, daß sie damit nach dem ersten gelangen können, wo sie dann ihre Ladung vervollständigen, Schiffe, die also sowohl in Cronstadt als auch in St. Petersburg Lösungen und Ladungen vornehmen, sollen die Meldung und Gebührensabgabe in der Folge vorzugsweise an demjenigen Orte leisten, wo das Schiff vollständig entladen wird.

Thorn, 9. April. Nach Mittheilung der hiesigen polnischen Zeitung nimmt das Associationswesen unter unseren Mitbürgern polnischer Zunge im Kreise, und zwar in Rückwirkung der am 15. und 16. Jan. stattgehabten Versammlung größerer polnischer Grundbesitzer aus Westpreußen und Posen, einen höchst erfreulichen Aufschwung. In mehreren Gemeinden sind Volksbildungsvereine eingerichtet, ferner landwirthschaftliche Vereine für die kleineren Grundbesitzer (so z. B. in Kulmsee, Schönbach etc.) begründet worden, und in Kulmsee besteht auch nunmehr ein Vorshausverein, welcher den kleineren polnischen Ackerwirthten im Falle des Geldbedürfnisses helfend zur Seite stehen soll, die nur mit Schwierigkeit die Thorner Bank (die polnische Thurner-Credit-Gesellschaft) in Anspruch nehmen können. Ferner hat der landwirthschaftliche und industrielle (polnische) Verein des Kreises Thorn beschlossen, um Mitte October d. J. eine Ausstellung von landwirthschaftlichen wie industriellen Erzeugnissen aus dem Kreise Thorn zu veranstalten. Man wird hierbei auf die Kreisgrenze nicht ängstlich achten, da man die Zufassung von Ausstellungsgegenständen aus den benachbarten Kreisen, namentlich aus dem Kulmer, in Aussicht hat. Für diese Angelegenheit ist eine besondere Commission gewählt worden, welcher die spezielle Aufgabe geworden ist, dahin zu wirken, daß die kleineren polnischen Ackerwirthte vornehmlich mit ihren Erzeugnissen die Ausstellung besichtigen, da dieselbe nur zur Hebung der kleineren Ackerwirthschaften arrangirt wird.

Königsberg. Außer den von der Stadtverordneten-Versammlung bewilligten 200 R. zur Unterstützung dazu geeigneter junger Handwerker für die Reise zur Welt-Gewerbeausstellung nach Paris, soll noch eine Geldsumme in Privatkreisen aufgebracht werden. (R. S. 3.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 10. April. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fest aber ruhig, auf Termine fest bei beschränktem Geschäft. Weizen April 5400 Pfd. netto 159 Bancothaler Br., 158 Sd., für Frühl. 157 Br., 156 Sd. Roggen April 5000 Pfd. Brutto 96 Br., 94 Sd., für Frühl. 94 Br. und Sd. Hafer sehr ruhig. Del. flau, weichend, loco 24 1/2, für Mai 24 1/2, für Oct. 25 1/2. Spiritus überwiegend angeboten, 22 1/2. Raffee und Zink ohne Umsatz. — Wetter veränderlich.

Amsterdam, 10. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen 2 A höher. Rüböl für Mai 36 1/2, für Oct.-Dec. 38 1/2.

London, 10. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Von fremdem Weizen mäßige Zufuhren, volle Montagspreise. Weizen, Hafer fest. — Wetter schön.

London, 10. April. Consols 90 1/2. 1 1/2 Spanier 30. Italien. 5 1/2 Rente 48. Lombarden 14 1/2. Mexikaner 14 1/2. 5 1/2 Russen 86. Neue Russen 86. Silber 61—61 1/2. Ärt. Anleihe de 1865 26 1/2. 6 1/2 Per. St. für 1882 73 1/2.

Leith, 10. April. (Cochrane, Paterson u. Co.) Wochen-Import in Tons: 2112 Weizen, 970 Gerste, 52 Bohnen, 95 Erbsen, 3669 Sade Mehl. Schottischer Weizen 2s, fremder 1s theurer bei guter Frage, Gerste und Hafer eher theurer, Bohnen unverändert, Erbsen 1s billiger, Mehl 6 Pence theurer.

Liverpool, 10. April. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Ruhiger Markt. Middling Amerikanische 12 1/2, middling Orleans 12 1/2, fair Dhollerah 10 1/2, good middling fair Dhollerah 10 1/2, middling Dhollerah 10, Bengal 8, good fair Bengal 8 1/2, Dornra 11, Pernam 13 1/2.

Paris, 9. April. Schluscourse. 3 1/2 Rente 66, 75. Italienische 5 1/2 Rente 49, 75. 3 1/2 Spanier —. 1 1/2 Spanier —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 385, 00. Credit-Mobilier-Aktien 390, 00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 381, 25. Oesterreichische Anleihe de 1865 302, 50 pr. opt. 6 1/2 Per. St. für 1882 (ungestempelt) 83 1/2. — Das Geschäft war träge und unbelebt. Die Rente eröffnete zu 66, 95 und schloß matt zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 90 1/2 gemeldet.

Paris, 9. April. Rüböl für April 93, 50, für Mai-Aug. 95, 50, für Sept.-Dec. 95, 50. Mehl für April 75, 00, für Juli-Aug. 75, 75. Spiritus für April 66, 00.

Antwerpen, 10. April. Petroleum, raff. Type, weiß, 46 1/2 Froh. für 100 Ro.

Petersburg, 9. April. Wechselcourse auf London 3 Mon. 31 1/2 d, auf Hamburg 3 Mon. 28 1/2 Sch., auf Amsterdam 3 Monate 156, auf Paris 3 Mon. 328 Cts. 1866er Prämien-Anleihe 109 1/2. 1866er Prämien-Anleihe —. Im-Perials 6 Rbl. 22 Kop.

Producten-Märkte.

Königsberg, 10. April. (R. S. 3.) Weizen hochbunter 129/130 1/2 103 1/2 für bez., bunter 123 1/2 94 und 92 für bez., 126/127 1/2 98 1/2 für bez., rother 123 1/2 94 für bez., 117 1/2 86 für bez. — Roggen 113/114 1/2 für 80 1/2 56 für bez., 126 — 127 1/2 62 1/2 für bez., für 80 1/2 für April 60 für Br., 59 für Ob., für Frühl. 60 für Br., 59 für Ob., für Mai-Juni 60 für Br., 59 für Ob. — Gerste für 70 1/2 große 43 — 50 für Br., kleine 43/50 für Br. — Hafer für 50 1/2 30/34 für Br., 32 für bez., für Frühl. 34 für Br., 32 1/2 für Ob. — Erbsen für 90 1/2 weiß 55/66 für Br., graue 60/88 für Br., grüne 55/68 für Br. — Bohnen für 90 1/2 55/70 für Br., 68 für bez. — Wicken für 90 1/2 50/60 für Br., 47 1/2 für bez. — Leinsaat für 70 1/2 fein 85/95 für Br., mittel 65 — 85 für Br., ordinäre 35/60 für Br. — Kleesaat, rothe 14/22 für Br., weiße 14/26 für Br. — Thymotheum 8/11 für Br. — Leinöl ohne Faß 13 1/2 für Br. — Rüböl ohne Faß 11 für Br. — Leintuchen 63/70 für Br. — Spiritus loco ohne Faß 17 1/2 für Br., 16 1/2 für Frühl. ohne Faß 17 1/2 für Br.

Stettin, 10. April. Weizen loco für 85 1/2 gelber und weißbunter 85 — 92 für, geringer 77 — 84 für, 83/85 1/2 gelber für Frühl. 88 1/2, 89 für bez., 88 1/2 für Br. — Roggen für 2000 loco 53 — 56 für, für Frühl. 54, 54 1/2 für bez. u. Ob. — Gerste ohne Umsatz. — Hafer loco für 50 1/2 29 1/2 — 30 1/2 für, 47/50 1/2 für Frühl. 31 für Br. — Wicken loco 45 — 47 für — Rüböl loco 11 für Br., April-Mai 10 1/2, 11 1/2 für bez., 1/2 für Br. — Spiritus loco ohne Faß 16 1/2 für bez., Frühl. (gestern noch 16 1/2 für bez.) 16 1/2 für bez. u. Ob.

Berlin, 10. April. Weizen für 2100 loco 72 — 89 für nach Dual, für 2000 April-Mai 81 — 82 — 81 1/2 für bez. — Roggen loco für 2000 56 — 58 für nach Dual bez., Frühl. 55 1/2 — 56 1/2 — 1/2 für bez. — Gerste loco für 1750 43 — 52 für nach Dual. — Hafer loco für 1200 27 — 30 für nach Dual. — Erbsen für 2250 Roßwaare 52 — 66 für nach Dual, Futterwaare do. — Rüböl loco für 100 1/2 ohne Faß 10 1/2 für Br. — Leinöl loco 13 1/2 für Br. — Spiritus für 8000 loco ohne Faß 16 1/2 für bez. — Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5 1/2 — 5 1/2 für, Nr. 0. u. 1. 5 1/2 — 4 1/2 für, Roggenmehl Nr. 0. 4 1/2 — 1/2 für, Nr. 0. u. 1. 4 1/2 — 3 1/2 für bez. — U. unversteuert.

Breslau, 10. April. In rother Kleesaat war schwacher Umsatz, alte 12 — 16 1/2 für, neue 15 1/2 — 18 — 18 1/2 für; weiße Saat ohne Frage, ord. 16 — 20 für, mittel 21 — 24 für, feine 25 1/2 — 26 1/2 für, hochfeine 27 1/2 — 28 1/2 für — Thymothee stille, 10 1/2 — 12 1/2 für.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, 10. April 1867. Wind: NW.

Angekommen: Gager, Hoffmann, Stettin, Cement. — Köhne, Christian, Köhne; Schapring, Döron, Swinemünde; Olsen, 3 Brodre, Marktall; sämtlich mit Ballast. — Hynes, Staffa (SD.). Stettin, leer. — Schütt, Julius, Torrevieja (Spanien), Salz, nach Memel bestimmt. — Phillips, Grace Wille, Inverleithing, Kohlen. Den 11. April. Wind Süden.

Angekommen: Hansen, Sophie, Ederförde; Wolter, Hermann, Rokok; beide mit Ballast. — Frese, Antje, Spitport, Newcastle, Kohlen. — Domke, Ida (SD.), London, Güter. — S. M. Corvette „Arcona“.

Ankomme: 1 Bark.

Thorn, 10. April 1867. Wasserstand: + 11 Fuß 8 Zoll.

Wind: Nord-West. — Wetter: trübe.

Stromak:

Carl Gebauer, B. Neumann, Bloclawel, Berlin, 41 40 Rg. Carl Jehn, Ders., do., do., 33 20 do. Fr. Grothmann, Ders., do., do., 83 20 do. Robert Hempel, Bernh. Cohn, do., do., Perl u. Meyer, 35 50 do. Carl Seibald, Ders., do., do., Dief., 45 50 do. J. Antik, M. Weizenlang, Warchau, Danzig, Roehne, 50 20 B. Ad. Rabau, Salzmann, Bloclawel, do., Salzmann, 34 7 do. Peter Priebe, E. Gütman, Putzsch, Stettin, 49 21 Rg. Wilh. Gernum, B. Weizenlang, do., do., 51 — do. Chr. Schaefer, Ders., do., Danzig, 50 — B. Bel. Wronski, Al. Glash, do., do., E. M. Roehne, 38 19 do. Fr. Wronski, J. Blum, do., (Bromberg), 14 — do. Steuern. W. Ahrendt, R. Wolff, do., (Berlin), 43 15 Rg. Samnit, B. Weizenlang, do., Stettin, B. Schlutow, 44 — B. Carl Meyer, Al. Glash, do., Danzig, E. M. Roehne, 50 — Rg. Wineraki, E. Wileinski, Niezawa, do., Goldschmidt S., 40 E. Wg., 9 30 Erbs. Joh. Fabianski, Ders., do., do., Dief., 50 30 B.

Verantwortlicher Redacteur: D. Nidert in Danzig.

Berliner Fonds-Börse vom 10. April.

Eisenbahn-Aktien.		
Dividende pro 1866.		
Nachn.-Düsselhof	47 1/2	3 1/2
Nachn.-Maftrich	4 1/2	3 1/2
Amsterdam-Rotterd.	4 1/2	92 1/2
Bergisch-Märk. A.	18 1/2	134, 135-134 1/2
Berlin-Anhalt	9 1/2	205 1/2
Berlin-Hamburg	16 1/2	199 1/2
Berlin-Potsd.-Magd.	8 1/2	133 1/2-32 1/2-33 1/2
Berlin-Stettin	8 1/2	55 1/2
Böhm. Westbahn.	9 1/2	132 1/2
Braun.-Schw.-Kreis.	9 1/2	96 1/2
Brieg-Nieße	9 1/2	132 1/2-133 1/2-133 1/2
Cöln-Minden	9 1/2	55 1/2
Cöln-Oberbahn (Wilh.)	2 1/2	71 1/2
do. Stamm-Pr.	4 1/2	5 1/2
do. do.	5 1/2	—
Ludwigsh.-Rheinb.	10 1/2	142 1/2
Magdeburg-Halberstadt	—	184 1/2
Magdeburg-Leipzig	—	243 1/2
Mainz-Ludwigshafen	—	119 1/2-120 1/2
Mecklenburger	—	72 1/2
Niederrh.-Märk.	4 1/2	90 1/2
Niederrh.-Zweibr.	5 1/2	87 1/2

Dividende pro 1866.

Rothb., Friedr.-Wilhm.	12 1/2	86 1/2-87 1/2-86 1/2
Oberholl. Litt. A. u. C.	12 1/2	175 1/2
Litt. B.	12 1/2	154 1/2
Deffert.-Krz.-Staatsb.	—	99-100 1/2
Doppelm.-Tarnowitz	—	106 1/2
Rheinische	—	71 1/2-107 1/2
do. St.-Prior.	—	—
Rhein-Nahebahn	0 1/2	29 1/2
Ruff. Eisenbahn	5 1/2	73 1/2
Stargard-Posen	4 1/2	87 1/2
Südosterr. Bahnen	—	97 1/2-97-98 1/2
Thüringer	—	131 1/2

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1866.		
Preuß. Bank-Antheile	13 1/2	145 1/2
Berlin. Kassen-Verein	12 1/2	150 1/2
Dom. R. Privatbank	—	89 1/2
Danzig	8 1/2	112 1/2
Königsberg	7 1/2	112 1/2
Posen	7 1/2	98 1/2
Magdeburg	5 1/2	92 1/2
Disc.-Comm.-Antheil	8 1/2	97 1/2-99 1/2
Berliner Handels-Gesell.	8 1/2	102 1/2
Oesterreich. Credit-	—	65 1/2 u. B

Preussische Fonds.

Freiwill. Anl.	4 1/2	96 1/2
Staatsanl. 1859	5 1/2	100 1/2
Staatsanl. 50/52	4 1/2	87 1/2
do. 54, 55, 57	4 1/2	96 1/2
do. 1859	4 1/2	96 1/2
do. 1856	4 1/2	96 1/2
do. 1853	4 1/2	87 1/2
Staats-Schuld.	3 1/2	80 1/2
Staats-Pr.-Anl.	3 1/2	117 1/2
Kur. u. R. Schld.	3 1/2	—
Berl. Stadt-Dbl.	5 1/2	101 1/2
do. do.	4 1/2	96 1/2
Börseh.-Anl.	5 1/2	99 1/2
Kur. u. R. Pfdb.	3 1/2	77 1/2
do. neue	4 1/2	88 1/2
Dstpreuß. Pfdb.	3 1/2	77 1/2
do. do.	4 1/2	82 1/2
Pommersche	3 1/2	—
do. do.	4 1/2	88 1/2
Posensche	4 1/2	—
do. do.	3 1/2	—
do. do.	4 1/2	85 1/2
Schlesische	3 1/2	—
Westpreuß. Pfdb.	3 1/2	74 1/2
do. neue	4 1/2	81 1/2
do. neueste	4 1/2	81 1/2
do. do.	4 1/2	91 1/2

Kur. u. R. Rentenbr.

Pommern. Rentenbr.	4 1/2	88 1/2
Posensche	4 1/2	88 1/2
Preussische	4 1/2	88 1/2
Schlesische	4 1/2	89 1/2

Ausländische Fonds.

Defferr. Metall.	5 1/2	43 1/2
do. Nat.-Anl.	5 1/2	50 1/2-1/2
do. 1854r Loose	4 1/2	57 1/2
do. Creditloose	4 1/2	62 1/2
do. 1860r Loose	4 1/2	62 1/2 u. B
do. 1864r Loose	4 1/2	39 1/2
Inst. b. Stg. 5 Anl.	5 1/2	57 1/2
do. do. 6 Anl.	5 1/2	78 1/2
Russ.-engl. Anl.	5 1/2	84 1/2 u. B
do. do.	3 1/2	51 1/2
do. do. 1864	5 1/2	84 1/2
do. do. 1862	5 1/2	84 1/2
do. do. 1864 hell.	5 1/2	84 1/2
Russ.-Pln. Sch.-D.	4 1/2	60 1/2
Cert. L. A. 300 Fl.	5 1/2	90 1/2
Pfdb. n. in S.-R.	4 1/2	54 1/2
Part.-Dbl. 500 Fl.	4 1/2	91 1/2 et B
Amerikaner	6 1/2	76 1/2-1/2
Hamb. St. Pr.-A.	—	45 1/2
R. Baden. 35 Fl.	—	30 et B
Schw. 10 Thlr.-E.	—	—

Wechsel-Cours vom 9. April

Amsterdam kurz	3	143 1/2
do 2 Mon.	3	143 1/2
Hamburg kurz	2	151 1/2
do 2 Mon.	2	151 1/2
London 3 Mon.	3	6 22 1/2
Paris 2 Mon.	3	80 1/2
Wien Defferr. B. 8 1/2	4	75 1/2
do. do. 2 M.	4	75 1/2
Augsb. 2 M.	4	56 22 1/2
Leipzig 8 Tage	4 1/2	99 1/2
do. 2 Mon.	4 1/2	99 1/2
Frankfurt a. M. 2 M.	3	56 22 1/2
Petersburg 3 Woch.	7	86 1/2
do. 3 M.	7	86 1/2
Warschau 8 Tage	6	78 1/2
Bremen 8 Tage	3 1/2	110 1/2

Gold- und Papiergeld.

Fr. B. m. R. 99 1/2	5	12 1/2
— ohne R. 99 1/2	5	11 1/2
Deff. St. B. 77 1/2	5	6 23 1/2
Poln. Bkn. —	5	6 23 1/2
Russ. 78 1/2	5	463 1/2
Dollars 1 1/2	5	29 28 1/2

Bekanntmachung.

An der hiesigen Stadtschule wird Ende Mai c. eine, mit 200 Thaler jährlichem Gehalte dotierte evangelische Elementarlehrerstelle vacant. Qualifizierte Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse bis zum 25. April c. bei uns melden.

Dirschau, 8. April 1867.
Magistrat.
Wagner.

(454)

Vergeßt sie nicht!

Zwei Erscheinungen werden auf lange Jahre hinaus lebendige Zeugen des Gewaltigen sein, das sich im letzten Sommer bei uns vollendete: das stetige Aufblühen von Handel und Wandel, das Wachsen des materiellen Wohlstandes und der politischen Freiheit; — und jene gebrochene Gestalten, denen der Krieg als bleibendes Andenken den Stempel der Unfähigkeit zum Genusse all' der theuren Erzeugnisse aufgedrückt hat; jene Frauen und Kinder, die in Angst und Bangen ihr Liebste, ihren treuen Ernährer, ausziehen sahen, und auf alle heißen Gebete um das Wohl des Geliebten die starre kalte Antwort erhielten: „Auf dem Felde der Ehre geblieben!“

Die mannhaften Streiter, die gesund und frisch oder mit glücklich heilenden Wunden an den häuslichen Herd zurückkehrten, wie beneidenswerth sind sie in der Erinnerung an die große Zeit! Die Last, die ihnen ein strenges aber gerechtes Kriegsrecht auferlegte, ist ihnen zur Last geworden, keiner möchte sie jetzt entbehren. Aber unfähig schwer liegt diese Last auf den Schultern derer, die den Krieg zu Hilfen, zu Wittwen und Waisen gemacht; sie haben die größten Opfer gebracht und haben die geringste Vergeltung.

Es ist ein altes Lied und Manchem mag es langweilig dünken, das Lied von dem Blute, das für die Einheit und Macht des Vaterlandes geflossen ist. Aber Ihr Alle, die Ihr jetzt in Frieden und Ruhe die Früchte der schweren Kriegsarbeit genießt, müht es immer wieder hören und achten; von denen, die bereit als invalide Veteranen die fünfzigjährige Jubelfeier der Schlacht von Königgrätz begehen werden, darf und wird es nicht heißen: „Sie halfen den Dom deutscher Einheit errichten und vertrauen nun ihr Alles in Sorge und Entbehrung“; nein, den hellen Glanz dieser glorreichen Zeit darf der Schatten des schmerzlichen Lasters nicht bedecken, das ein Volk über kann, des Undanks gegen die Blutzeugen seiner Größe.

Aber es geschieht ja so Viel, höre ich einwenden; der Staat giebt doch so reichlich, daß von bitterer Noth nicht die Rede sein kann. Freilich, der bitteren Noth ist gewiss vorgebeugt; aber das Gezeig zieht strenge Grenzen und enthält bei den wohlwollendsten Absichten große Härten. Auf einen förmlichen Erlass dessen, was die vom Kriegunglück Betroffenen verloren haben, läßt es sich von vorn herein nicht ein; es fragt nicht danach, was der und Jener der im Kampfe Gefallenen, im Choleralazareth Verstorbenen oder für das bürgerliche Berufsleben untüchtig Gemachten für sich oder seine Familie später geleistet haben würde ohne den Krieg; es fixirt gleichsam den Zustand bei der Verunglückung und erklärt ihn in Permanenz. — Dies Wort ist vor Allem für die „kleinen Leute“ geschrieben, die gedrückt des Lebens entäußerungsvolles Leben hinfristen. Wie mag z. B. die Wittve eines Landwirthes in Berlin, der vielleicht Inhaber eines einträglichen Geschäfts war, und mit dessen letztem Herzschlag der Wohlstand seiner Familie dahinging, wie mag sie, auch bei den geringsten Ansprüchen, in der großen theuern Stadt das Jahr über mit fünfzig Thalern auskommen? Kann sie mit der Hälfte dieser Summe, die sie als Erziehungsgeld für ihre Kinder bekommt, diesen eine mehr als eine höchst dürftige Bildung geben?

Die Zahl der einzelnen Fälle, in denen der Staat den besonderen Verhältnissen nicht Rechnung trägt, ist ungeheuer groß, und hier muß die Nation in freier Selbstthätigkeit eintreten. Auszugleich und zu helfen, wo das Gesetz nicht kann, ist nun die schöne Aufgabe des humanen Instituts, das unter dem Schutze von Preußens edelm Thronfolger besteht, der „Victoria National-Invaliden-Stiftung“; aber noch lange entsprechen ihre Mittel nicht ihrem großen Zwecke; die wenigen hunderttausend Thaler, die sie besitzt, sind nicht dazu angethan, auf ein Menschenalter hinaus den Verunglückten des ewig denkwürdigen Jahres 1866 die letzte Sorge um ihr Dasein zu nehmen, da ist eine ganz andere, großartige Selbstbesteuerung notwendig, deren alljährlicher Ertrag die Summe erreichen müßte, über die jetzt die Stiftung ein für allemal verfügt.

Wieder wird es Frühling und die Zeit naht heran, da vor Jahr und Tag Alles zu den Fächern strömte, in banger Besorgnis um den Ausgang des gewaltigen Unternehmens. Nun steht auf den Schlachtfeldern, die wir mit unserm Blute getränkt, das frische Grün und weit und breit senken sich die Segnungen des Friedens auf unser herrliches Vaterland. Freut Euch immerhin der Früchte, die aus der blutigen Saat so reichlich hervorkeimen, Ihr Glücklichen; aber gedenket auch Jener, die gesäet, die für Euch die größten Opfer gebracht haben! Sorget, daß man diese große Zeit dereinst nicht undankbar schelte, helfet die Thranen der Unglücklichen trocknen — vergeßt sie nicht. (454)

Ein Invalide aus der Schlacht von Langensalza. Gegen Rheumatismus und Gicht

befügt der Unterzeichnete, ein erfahrener und geschäftiger Arzt, ein vorzügliches Mittel, welches gegen diese Krankheit bisher in ausfallend kurzer Zeit geholfen hat. Bei Angabe des Krankheitszustandes wird dieses Mittel nebst Gebrauchsanweisung sofort durch die Post gegen Nachnahme von drei Thalern abgeschickt.

Abdr. Dr. Meyer, prakt. Arzt, poste rest. franco Berlin. (452)

Herren-Oberhemden,

„ Nachthemden,

„ Camisols,

„ Unterkleider,

„ Kragen und Manschetten,

Damen-Taghemden.

„ Nachthemden,

„ Negligés,

„ Unterröcke,

„ Kragen und Manschetten,

so wie Fischzeuge, Leinen, Shirts, Flanelle etc. empfiehlt zu billigsten festen Preisen bei streng reeller Bedienung.

B. Kantorowicz, Langgasse 30.

(Leinen-Lager, Wäsche-Fabrik.)

(436)

Geschäfts-Verlegung.

Nachdem ich den Umzug meines **Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Lagers** von der Langgasse 11, nach der Langgasse 35, neben dem Landschafts-Gebäude, beendet, empfehle ich mich einem hochverehrten hiesigen wie auswärtigen Publikum aufs Neue, mit der Bitte, mir das bisher seit 12 Jahren geschenkte Vertrauen auch in meinem neuen Lokale zu erhalten, indem ich verspreche durch reelle billige Preisnotirung mir ferner das Vertrauen des verehrten Publikums zu bewahren.

F. Loewenstein.
Langgasse 35.

(456)

Empfehlung.

Hat jemals ein Artikel öffentlich Lob verdient, so ist dies mit dem so sehr bewährten, seit 1847 eingeführten, äußerlich anzuwendenden „Dr. Baltz Potsdamer Balsam“ vom Königl. Hofl. Herrn Eduard Nickel hier, Breite Str. 18, wohl unbedingt der Fall. Die wesentlichsten Krankheiten, gegen die sich seine Haupteigenschaften, vielfach von mir geprüft, mit der Zeit herausgestellt haben, sind: Rheumatismus und Gicht, Podagra und andere, frische, sowie veraltete rheumatische-gichtische Lokalübel, z. B. das nervöse Hüftweh, der sogenannte Herenschuß (im Rücken), rheumatisches und nervöses Kopf-, Hals-, Zahn- und Ohrenweh, beginnende Lähmungen der Extremitäten, anfangende Rückenstarre, Zittern in den Gliedern nach vorausgegangenem Rheumatismus, wasserüchtige Anschwellungen, besonders der Füße, veraltete Verstauchungen und sonstige Gelenkanschwellungen, Augenschwäche, allgemeine Kraftlosigkeit nach schweren Krankheiten, Unterleibsaffektionen etc. etc.

Berlin, den 24. December 1866.

(L. S.)

Dr. Fest,

Oberstabs- und Regiments-Arzt.

*) Original-Flaschen nebst Gebrauchs-Anweisung a 10 Sgr. sind zu haben in Danzig nur allein bei
Albert Neumann,
Langenmarkt 38, Ecke der Kürschnergasse.



Wittwoch, den 3. April c., beginnen die regelmäßigen Fahrten der Dampfschiffe Julius Borny, Linaw zwischen Danzig, Ziegenhof, (Platenhof) u. Elbing.

Von Danzig Abfahrt Mittwoch und Sonnabend Morgens 6½ Uhr.
Von Elbing Abfahrt Montag u. Donnerstag Morgens 6 Uhr.

Die Dampfschiffe legen an dem bisherigen Anlegeplatze „am brausenden Wasser“ vor der Remise des Herrn A. Bende an. Nähere Auskunft über Zwischenfahrten etc. ertheilt Herr W. Ad. Werner in Danzig.

Elbing. (24)

Jacob Riesen.

Frankfurter Loose,

sowie alle genehmigten Klassen- und Staats-Prämien-Loose werden von Unterzeichnetem pünktlichst versandt. Von letzteren nächste Ziehung am 15. April 1867, wobei Haupttreffer von
fl. 220,000, 15,000, 10,000, 3 mal 5000, 3 mal 2000, 6 mal 1000, 15 mal 500, 3 mal 400. Der geringste Gewinn, den jedes Originalloos erhalten muß, beträgt fl. 145.

Anzahlung auf Originalloose hierzu:
Ein halbes Loos 1 Thlr. 1.
Ein ganzes „ 2.
Sechs ganze „ 10.
Gewinnelder und Ziehungslisten sofort nach Entscheidung. Pläne gratis und franco. Alle Anfragen und Aufträge sind direct zu richten an
Jacob Lindheimer jun.
in Frankfurt a. M.

Gebrüder Gehrig's electro-motorische Zahnhalsbänder

sind das anerkannt einzige bewährte Mittel, Kindern das Zahnen zu erleichtern, sowie die so oft gefährlichen Zahntrümper fern zu halten.

Von meinen sieben Kindern hat keins die Zähne so schnell und leicht bekommen, als das jüngste, welches das von Ihnen bezogene Zahnhalsband getragen hat.

Braun, Minsterialrath in Gotha.
Obige Zahnhalsbänder, a St. 10 Sgr., sind in Danzig ächt zu haben

bei **Albert Neumann,**
Langenmarkt 38.

Eine geprüfte Erzieherin wird zum 1. Mai d. J. für 2 Mädchen gesucht. Näheres in der Expedition dieser Zeitung unter No. 407.

Der Gasthof zum Goldenen Löwen in Graudenz

ist seit dem 12. d. Mts. auf den Unterzeichneten käuflich übergegangen.

Indem ich dieses dem geschätzten reisenden Publikum sowohl wie den geehrten Herren Besitzern ergebenst mittheile, erlaube ich mir noch die Versicherung hinzuzufügen, daß ich allen Anforderungen, die an mich gestellt werden auf das Bereitwilligste nachzukommen mich bemühen werde.

Hochachtungsvoll

H. Baasner,
Firma: Julius Baasner.

(450)

Besten pommerschen Sack-
nenkäse empfing einen bedeutenden Posten und offerire jetzt listenweise billigst.

Beste crown Thlen-Peringe,
schönen fetten Fisch und beste Packung, offerire bei Tennen-Abnahme billigst.

(451)

L. A. Janke.

Räucherlachs

und belicat marinirt, auch frische Fische, versende stets billigst

L. A. Janke.

B. sten Magdeburger Sauerkohl,
im Faß und ausgewogen billigst bei
(479) **W. J. Schulz, Langgasse 54.**

Eingelegte Früchte zu Compots,
in allen verschiedenen Gattungen u. diverse Sorten Gelbes empfiehlt zu herabgesetzten billigen Preisen
(478) **W. J. Schulz, Langgasse 54.**

Um Strohhüte zum Waschen, Modernisiren und Färben bittet

August Hoffmann, Strohhut-
fabrikant,
Heiligegeistgasse 26. (8547)

Russischer Dampf-Firniz.

Dieser Firniz trocknet schnell hart mit lackartigem Glanz. Aus gebleichte Leinwand mittelst Dämpfen gelocht, besitzt derselbe eine schöne helle Farbe und eignet sich daher besonders zu weißen Anstrichen, denen er ein zartes Aussehen verleiht, ohne jemals nachzugeben.

Aufträge hierauf, sowie auf erprobte Lacke der besten englischen und deutschen Fabriken und auf sämtliche Malerfarben erbittet und steht mit Preislisten und Proben gern zu Diensten

Carl Marzahn,
Drogen- u. Farben-Handlung,
Langenmarkt 18.

(10517)

Frisch gebrannter Kalk (370)

ist aus meiner Kalkbrennerei in Legan und Langgarten 107 stets zu haben. **C. H. Domanski Ww.**

Ein Tapissier- und Kurzwaarengeschäft
ist Umstände halber gegen Baarzahlung sofort zu verk. Abdr. in d. Exp. d. Ztg. unter 411.

Gereinigten Sommerrüben
offerirt
Elbing.

(457)

H. Harms.

Pflüge in großer Auswahl, Karren, Krümmer, Ringelwalzen, Karren, Klee- und Getreide-Dreißäde-Maschinen etc., empfiehlt zur Frühjahrbestellung die Fabrik landwirthschaftlicher Geräthe von
(116) **S. Hotop in Elbing.**

Eine ländliche Besitzung von 194 M., durchweg Gersten- und Weizenboden, mit neuen Gebäuden, 70 Scheffel Winterung, Weizen und Roggen, 2 Meile von einer Stadt entfernt, soll für 14,000 Thlr. bei 5000 Thlr. Anzahlung verkauft werden. Alles Nähere bei **Deschner,** Heiligegeistgasse 92. — Dasselbst sind mehrere kleine sowie größere Güter zu haben. (403)

150 Scheffel rothe amerikanische Kartoffeln zur Saat sind in Zanten zu haben. (438)

9 Mastochsen und 300 Schffl. blaue Lupinen sind zu verkaufen in Felgenau bei Dirschau. (138)

2 Schwarzschimmel-Doppelponey, 4 Jahr alt, 4' 8" groß, hochlegant, kräftig und fehlerfrei, stehen den 25., 26. und 27. d. M. im Gasthofe „Zur Stadt Marienburg“ am hohen Thor zum Verkauf. (394)

(406) **Weide-Vieh.**

Anmeldungen zur Aufnahme von Weide-Vieh in den Oltewider Wiesen nimmt entgegen das Schulzen-Amt zu Hohenstein.

Pensionäre finden freundliche und billige Aufnahme
Langgarten, St. Barbara-Kirchhof 8.

Einen Commis, der polnisch spricht, kann zum 1. Mai d. J. in meinem Material- und Destillations-Geschäft placiren
(395) **G. A. Raschke in Berent.**

Eine erfahrene Erzieherin, gepr. Lehrerin, welche in allen Schulwissenschaften, Musik und Franz., auch in d. Anfangsgr. d. Latein. gründlich unterrichtet, sucht eine Stelle u. erb. gut. Abdr. unter **E. L. Bromberg, Posner Str. 330.** (396)

Druck und Verlag von **A. W. Rasemann** in Danzig.